

# Demokratischer Aufbau im Trümmerland

Karlheinz Ossendorf

## Kommunalpolitische Entwicklung (Teil I) in Troisdorf und Sieglar seit 1945

### Nazis raus

Als amerikanische Truppen am 11. April 1945 die Gemeinden Troisdorf und Sieglar erstürmten<sup>1</sup> und die Rathäuser besetzten, ergab sich für sie folgerichtig die Frage: Wie kann man möglichst schnell wieder Ordnung in das allseits offenbare Chaos bringen. Im Gegensatz zu den später die Besatzungsmacht ausübenden Briten ging es den amerikanischen Kampftruppen jedoch in erster Linie darum, nach der Besetzung die Nazi-Hierarchie zu zerschlagen. Der Aufbau einer demokratischen Verwaltung blieb zunächst sekundäres Ziel. Zwar begleiteten die kämpfenden Truppenverbände der 1. US-Armee, die den Köln-Bonner Raum besetzten, auch Sonderkommandos der US-Nachrichtendienste OSS und CIC<sup>2</sup>, denen u. a. Verwaltungsfachleute angehörten, aber ihre Aufgabe bestand zunächst einmal darin, die Nazis aufzuspüren, die den deutschen Verwaltungsapparat beherrscht hatten, bzw. beim Einmarsch der amerikanischen Verbände - sofern nicht geflohen - noch dominierten. Zu diesem Zweck führten die Spezialisten lange schwarze Listen mit, auf denen die Funktionä-

re des untergehenden Reiches, deren man habhaft zu werden gedachte, säuberlich und möglichst bis hinunter in die kleinste Administrationseinheit aufgeführt waren. Im Gegensatz zur schwarzen gab es allerdings auch eine weiße Liste, die Namen von Deutschen enthielt, die sich als Gegner Hitlers hervorgetan oder im Untergrund gegen das Nazi-Regime gearbeitet hatten und die - wenn die Frage anstand - für leitende Verwaltungsfunktionen in Betracht gezogen werden konnten. Aber im Gegensatz zur schwarzen war die weiße Liste recht unvollkommen und fragmentarisch. Sie bot in der praktischen Arbeit für unseren Raum wenige verwertbare Anhaltspunkte<sup>3</sup>. Für Troisdorf bestanden die Direktmaßnahmen der US-Kampftruppen zunächst einmal darin, am 12. April 1945 den noch amtierenden nationalsozialistischen Bürgermeister Ernst Schünemann aus dem Amt zu entlassen. Erst einige Wochen später, am 29. Mai 1945, wurden noch zwei weitere Verwaltungsbeamte „wegen Zugehörigkeit zur NSDAP“ ihrer Ämter enthoben. Den Bannstrahl der Amerikaner hatte damit bei zwölf beamteten Verwaltungsfachleuten, die der Stellenplan von 1945 - zusätz-

lich zu den 15 Angestellten - auswies, 25 Prozent aller Gemeindebeamten im Troisdorfer Rathaus getroffen mit der Folge, dass sie ihren Dienst quittieren mussten. Damit lag Troisdorf - was diese Statistik angeht - im obersten Drittel der Entlassungszahlen braungefärbter Beamten gegenüber vergleichbaren Kommunen im Ruhrgebiet<sup>4</sup>.

Es konnte also, stellt man einmal den hohen Organisationsgrad bei Mitgliedern des öffentlichen Dienstes in Rechnung, von einer rigorosen Säuberung und einer Entnazifizierung der Bürokratie im gro-

1 Das Datum gilt gleichermaßen und einvernehmlich als Eroberungstermin für Troisdorf und Sieglar einschließlich der Ortsteile Oberlar, Spich und Bergheim. (Vgl. Schulte, Helmut, Kleine Geschichte der Stadt Troisdorf, Daten und Fakten, Siegburg, 2. Auflage 1999, S. 198; erst am 12. April ergab sich der letzte deutsche Stützpunkt in den Klöckner-Werken (Vgl. Ossendorf, Karlheinz, Amis zogen dem Igel die Stacheln, in TJH XXV/1995, S. 15-19.

2 Counter Intelligence Corps, Organisation für Abwehr, Gegenspionage und geheimen Nachrichtendienst in den USA.

3 Vgl. Schwarz, Hans Peter, Adenauer, Stuttgart, 2. Auflage 1986, S. 429. Als Beispiel sei hier für Köln angeführt: „Adenauer, Konrad: Bad Honnef, Former Mayor of Honnef. Worth contacting by Allies for cooperation according to anti-Nazi P/W (May be identical with Adenauer, Konrad, Oberbürgermeister of Koeln 1919-1933). (Zitiert nach Wuermeling, Henrik L., Die weiße Liste. Umbruch der politischen Kultur in Deutschland 1945, Frankfurt/Wien 1981, S. 283.

4 Vgl. Grundmann, Horst, Britische Besatzungspolitik in Troisdorf, in TJH XVII/1987, S. 72.

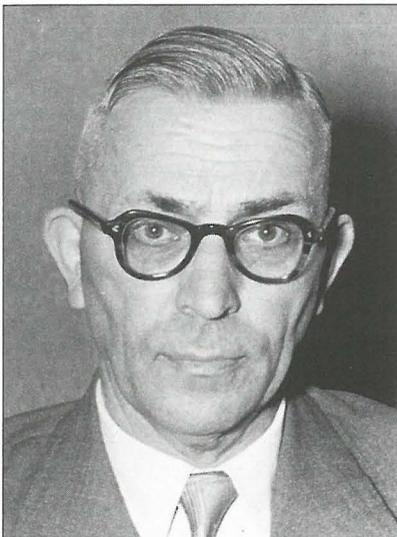
ßen Stil und auf breiter Front un- mittelbar nach der Besetzung kei- ne Rede sein.

Das schien verständlich und erklär- bar, nachdem die Amerikaner, die Notlage breitester Bevölkerung- schichten erkennend, sehr bald geschlussfolgert hatten: Die chaoti- schen Verhältnisse würden sich bei einem totalen Kollaps der Kom- munalverwaltung zur absoluten Katastrophe ausweiten, der zu steuern sich die Truppen nicht in der Lage sahen.

Der Vorrang, nationalsozialisti- sche Spitzenfunktionäre aus den Ämtern zu jagen, blieb, aber eine weitergehende Säuberung in die unteren Amtschargen stellten die Amerikaner zu Gunsten des Erhalts eines funktionsfähigen Verwaltungs- apparates zunächst zurück. Damit hatte natürlich erst einmal eine per- sonelle Demokratisierung der Rat- häuser das Nachsehen.<sup>5</sup>

## Kräfte von vor 1933 halben

Während die beiden am 29. Mai durch Entlassungen vakant gewor- denen Stellen im Troisdorfer Rat- haus zunächst nicht wieder besetzt wurden, trachteten die amerikani- schen Verwaltungsoffiziere da- nach, die Bürgermeisterstelle nicht lange verwaist zu lassen. Sie sa- hen in Gewerbeoberlehrer Alois Müller den richtigen Mann für die- ses Amt. Müller, der später als Oberstudiendirektor die Berufs- schule des Zweckverbandes Trois- dorf, Sieglar, Menden und Nieder- kassel leitete, galt als strenggläu- biger, überzeugter Katholik, der sich Verdienste in der Laien- mitarbeit an St. Hippolytus und im kirchlichen Vereinswesen erwor- ben hatte.<sup>6</sup> Sein Leben für die Ge- meinschaft setzte Alois Müller aufs Spiel, als er sich in den letzten Wochen vor dem totalen Zusam- menbruch im Troisdorfer Raum ei- nem Kreis verantwortungsbewuß- ter Männer anschloss, die angetre-



*Alois Müller sollte nach Meinung der Offiziere, die mit den US-Kampf- truppen Troisdorf erobert hatten, erster Bürgermeister in der Nach- kriegsgemeinde werden. Einen entsprechenden Antrag lehnte der Gewerbeoberlehrer jedoch zu Gunsten von Dr. Wilhelm Hamacher ab, der aber krankheitshalber passen musste. Der erste Vizepräsident der Troisdorfer Kolpingfamilie hatte sich gegen Kriegsende in einem katholischen Widerstandskreis aktiv betätigt. Am 8. Februar 1946 wurde der seit 1919 als Lehrer in Troisdorf wirkende Müller mit der Leitung der Berufs- schule beauftragt. Er gründete die städtische Haushaltsschule und die Berufsaufbauschule und trat am 25. März 1961 als Oberstudien- direktor in den Ruhestand.*

ten waren, Schlimmeres als schon geschehen für Troisdorf zu verhu- ten. Es ging im wesentlichen dar- um, sinnlose Sprengungen zu ver- hindern, eventuelle Übergabever- handlungen mit den nicht mehr so weit entfernt stehenden amerika- nischen Truppenverbänden einzu- leiten und einen provisorischen Gemeindevorstand bereitzustellen, der nach dem Einmarsch der Kampfverbände die Verwaltungsgeschäfte weiterführen sollte. Zur Gruppe, die sich zu diesen ge- heimen Gesprächen bei Pfarrer Stumpe im Pfarrhaus traf, gehörte

neben Alois Müller und Dr. Wilhelm Hamacher, dem an St. Hippolytus tätigem Geistlichen auch Bürger- meister Ernst Schünemann, der - so Rolf Müller - „sich öffentlich von sei- ner Partei distanziert und in Trois- dorf während seiner Amtszeit seit 1936 seine Machtstellung nie miss- braucht hatte.“<sup>7</sup>

Müller lehnte das Angebot der Amerikaner, ihm offiziell von vier Offizieren angetragen, ab und nannte Dr. Wilhelm Hamacher, den er als geeigneter für dieses Amt ansah. Als die US-Offiziere dem Pädagogen die Aufgabe unterbrei- teten, musste auch er passen, weil ihn eine Verwundung zur Zeit dienstunfähig machte. Vermutlich auf Vorschlag Hamachers setzten die Amerikaner den in der Troisdorfer Verwaltung als zweiter Mann in der Amtshierarchie ste- henden Gemeindeinspektor Hein- rich Kutzner als kommissarischen Bürgermeister ein<sup>8</sup>. Er blieb bis zum 29. Mai 1945 im Amt<sup>9</sup>.

In Sieglar lösten sich die diktatori- schen Verwaltungsstrukturen quasi von selbst auf. Der lange amtieren- de Bürgermeister Hörsch suchte das Weite. Er verließ ein Rathaus, das in den letzten Kriegstagen in der Bevölkerung wohl nicht sonder- lich angesehen gewesen sein muss. Die Lageberichte an den Landrat vom 9., 10. und 12. März 1945 sprechen Bände. Da ist von Forderungen der Bevölkerung nach militärischer Aufgabe die Rede, weil man sich durch deut- sche Truppen nicht mehr ausrei- chend geschützt sah, von kaum einer

5 Ebenda.

6 Er gilt u. a. als einer der „Väter“ der Troisdorfer Kolpingfamilie und war ihr erster Vizepräsident nach der Gründung im Jahre 1919 (Vgl. Müller, Rolf, Geschichte der Troisdorfer Pfarreien, Siegburg 1969, S. 79).

7 Vgl. Anm. 6, hier S. 103.

8 Vgl. Geimer, Maria, Zeittafel zur Geschichte Troisdorfs, in Hbll. des Siegkreises, Zeitschrift des Geschichts- und Altertumsvereins für Siegburg und den Siegkreis E. V., Sonderausgabe zur Stadterhebung der Gemeinde Troisdorf 23. März 1952, 20. Jahrg., Heft 64, Siegburg 1952, S. 82.

9 Grundmann gibt den 29. Juni 1945 an; da er jedoch von sechs Wochen kommissarischer Amtszeit spricht und die Einsetzung am 11. April erfolgte, sollte der 29. Juni das korrekte Datum sein.



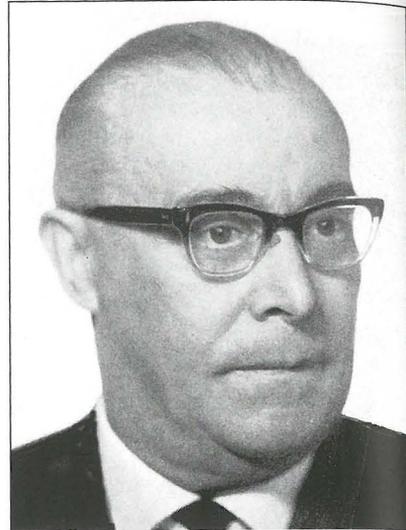
Heinrich Kutzner, geb. 27. November 1888, gest. 24. April 1970, wurde als dienstältester Beamter und Vertreter des Bürgermeisters am 12. April 1945 als Bürgermeister eingesetzt, nachdem die Amerikaner Ernst Schönemann für abgesetzt erklärt hatten. Am 29. Mai 1945 entzogen die Alliierten ihm das Vertrauen, beließen ihn jedoch ohne Führungsfunktion in der Verwaltung. In Notfällen musste er wiederholt einspringen. Mit Wirkung vom 1. April 1948 wählte der Gemeinderat den Oberinspektor zum Gemeindegam-merer und ab 2. Juli 1951 zum ersten Amtmann der Gemeinde. Kutzner stand seit dem 10. Mai 1902 im Dienste der Gemeinde, seit dem 1. August 1912 als Beamter. Er trat am 1. Mai 1933 der NSDAP bei. Nach einhelliger Meinung seiner Vorgesetzten, der Politiker und weiter Kreise der Bevölkerung galt Kutzner lediglich als nominelles Mitglied. Sowohl der Entnazifizierungsausschuss als auch die Militärregierung, später auch der Gemeinderat, hegten „keine Bedenken“ gegen ihn als Führungsperson.

spürbaren Bereitschaft der Bevölkerung, das bedrohte Gebiet befehlsgemäß zu verlassen und von Arbeitsunlust der im öffentlichen Dienst Tätigen<sup>10</sup>.

Der aus zwölf Mitgliedern bestehende, nach Einführung der Deutschen Gemeindeordnung<sup>11</sup> am 30. Januar 1935 zu benennende, also nicht gewählte, Gemeinderat, galt sonderlich in Sieglar als politische Farce. Er sollte den von den Nazis eingesetzten Bürgermeister

Peter Esser, Bürgermeister in Sieglar von April bis Juni 1945 in der Nachfolge von Bürgermeister Dohmen, der am 14. April 1945 von den Amerikanern unter Hausarrest gestellt worden war, der im Januar 1945 im Haus Hauptstraße 142 und zuletzt im Rathaus gewohnt hatte, im April jedoch ins Troisdorfer Krankenhaus zog, von wo aus er sich zu einer „Spezialbehandlung nach Wiesbaden“ ohne Abmeldung absetzte. Esser, Manager in der Niederlassung Köln des Reisebüros Thos, Cook & Son Ltd, sprach fließend Englisch, setzte sich unmittelbar nach dem Einmarsch der amerikanischen Kampftruppen für eine Verständigung zwischen Soldaten und Zivilisten ein. Die Militärregierung setzte ihn jedoch am 31. Mai 1945 wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP ab. Zwar intervenierten Vertreter der Groß-Mittel- und Kleinindustrie, des Handels und Gewerbes, des Handwerkes, der Geistlichkeit und sogar der Krankenhäuser bei Major Staats, der für die Argumente auch Verständnis zeigte, sich jedoch auf einen Grundsatzbefehl berief. Am 19. Juni 1945 startete eine ähnliche Gruppierung eine neue Eingabe, diesmal an die Briten gerichtet. Esser, so hieß es da, sei ihnen allen seit 20 Jahren bekannt und politisch nicht hervorgetreten, er habe seinen Beitritt zur Partei nur erklärt, um sein Unternehmen und sich vor der Verfolgung durch die Gestapo zu bewahren. Am 7. Juli 1945 setzte sich eine andere Interessengemeinschaft in einer Gegenerklärung für den inzwischen als Nachfolger Essers ernannten Karl vom Feld ein. Am 24. August 1945 unterbach der Landrat den Meinungsstreit mit der Feststellung, dass „in Sachen Rückberufung Essers nicht weiteres zu veranlassen“ sei (ARSK-SK-129 und 340).

zusammen. Liest man die Protokollbücher dieser Zeit, muss man zum Schluss kommen, dass ihm kaum mehr als eine Alibifunktion zugerechnet werden konnte. Formulierungen wie: „Es wurden einige Sachen besprochen,“ „Es wurden einige Mitteilungen gemacht“ oder „Der Antrag der Witwe X aus Spich wurde durchberaten“ machen überdeutlich, dass der Verwaltungschef von Nazignaden nicht gewillt war, seine Macht mit einem beratenden Gremium zu teilen. Am 12. Mai 1944 genehmigte der Rat pauschal die Jahresrechnungen für den Zeitraum von 1938 bis 1941 in einem „Aufwasch“<sup>12</sup>. Der „Gemeinderat“ löste sich von selbst auf. An seine Stelle trat ein „Beratender Ausschuss“, bestehend



Karl (auch Carl) vom Feld, geb. 8. November 1900 in Hangelar, gest. 9. März 1986, Volksschule, Berufsschule in Siegburg und Bonn, Technische Schule in Montreal, heiratete Marie geb. Wirz (geb. am 19. November 1907 in Gielgen, drei Kinder). Von 1914 bis 1917 Lehre als Elektriker bei den Klöckner-Werken, 1918 Soldat, 1918 bis 1929 an verschiedenen Stellen als Elektriker tätig, 1930 bis 1939 in Montreal, Kanada, bei „Light Heat and Power“ beschäftigt, kanadischer Staatsbürger, nach der Rückkehr ins Deutsche Reich von 1940 bis 1945 Elektriker bei der Feldmühle in Lülldorf, Meisterprüfung vor der Handwerkskammer in Köln, Diplom der Fachgruppe Rundfunk W. G. E. Mit seinen profunden englischen Sprachkenntnissen empfahl er sich vor allem deshalb den Amerikanern als Bürgermeister von Sieglar. Er löste Peter Esser ab. Als er am 4. Juni 1945 in sein Amt eingewiesen wurde, erbat er sich die Mithilfe seines Vorgängers, „da er nicht die nötigen Sachkenntnisse besitze“, was Esser im Einverständnis mit Major Staats zusagte. Vom Feld wurde am 31. Oktober 1945 offiziell als Bürgermeister durch den Regierungspräsidenten zugelassen. Nach Einführung der Doppelspitze durch die Briten im März 1946 wurde vom Feld zum Gemeindegam-merer gewählt. In einer weiteren Sitzung am 27. November 1946 stimmten zwölf gegen neun Ratsmitglieder für eine sechsjährige Amtszeit vom Felds, in anderen Beschlüssen forderten Ratsmitglieder eine lebenslange Dienstzeit. Die unterschiedlichen Meinungen, die einen umfangreichen Schriftwechsel mit den vorgesetzten Behörden auslösten, erledigten sich von selbst, als Karl vom Feld per Ratsbeschluss vom 25. Juni 1954 beurlaubt wurde. Diesem einschneidenden Schritt waren öffentlich erhobene Vorwürfe der „Unregelmäßigkeit“ vorausgegangen. Unmittelbar vor dem befreienden Ratsvotum hatten Lokalzeitungen als Quintessenz intensiver Beratungen im Plenum getitelt: „Informatorischer“ Misstrauensantrag, Neues „Sturmtief“ in Sieglar. (ARSK-SK-0-129 und 340).

aus zehn Männern aus den vor 1933 aktiven Parteien, darunter gemeindebekannte Handwerksmeister und ein Pädagoge. Auf den Bürgermeisterstuhl hievte die Besatzungsmacht Karl vom Feld, einen Elektromeister, den die Besatzer als Dolmetscher kennengelernt und vordergründig vor allem wohl seiner englischen Sprachkenntnisse wegen als für den Posten geeignet befunden hatten.

## Nach welchem Recht handeln?

Mit den personellen Umsetzungen in den Rathäusern hatten die Amerikaner einem Teil ihres politisch-administrativen Auftrags Genüge getan. Aber nach welchen gesetzlichen Vorgaben die neuen Kräfte in den Verwaltungen zu agieren hatten, das blieb - auf dem Papier zumindest - gleich. Die siegreichen Alliierten, im Falle Troisdorf und Sieglar damit zunächst die Amerikaner, übernahmen die deutsche Staatsgewalt „including....any state, municipal or local government or authority“<sup>13</sup>. Das war leichter pauschal festgestellt und als Wille deklamatorisch niedergeschrieben als vor Ort realisiert. Denn die Amerikaner erkannten recht bald, dass ein Verwaltungsvakuum das vorgefundene Chaos nur noch vergrößern und Auswege aus dem Dilemma unmöglich erscheinen ließ. Die Not trat so gravierend zu Tage, dass schnelle Hilfe vonnöten erschien, sollten sich die Lebensverhältnisse, schon jetzt auf niedrigstem Niveau angelangt, nicht noch weiter verschlechtern, was den angepeilten demokratischen Aufbau auf absehbare Zeit erheblich verzögern, wenn nicht gar unmöglich machen musste. Die Alliierten wiesen deshalb die deutschen Behörden und das hieß zunächst in Troisdorf und Sieglar die Kommunalverwaltungen an, ihre Tätigkeit unter der Ägide der neuen Bürgermeister wieder aufzunehmen. Dabei griff man, wie wir schon sahen, auf politisch unbelastete

Männer zurück oder auch auf Subalterne, die als Mitglied der NSDAP in der Nazi-Hierarchie nicht besonders hoch geklettert waren. In einigen Fällen bediente sich die Militärmacht auf Vorschlag der Bürgermeister oder anderer als vertrauensvoll bekannte Personen, altgedienter Kommunalfachleute und Politiker, die vor 1933 aktiv gewesen waren. Kommunalverfassungspolitisch standen sowohl die Alliierten als die neuen Funktionäre in den Rathäusern vor dem Zwiespalt, das noch immer geltende NS-Recht nach den Grundsätzen von Selbstverwaltung und Demokratie, also konträr zur zwingenden Aussage der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) von 1935 in die neue Wirklichkeit umsetzen zu müssen oder aber auf Rechtsgrundsätze aus den Jahren vor 1933 zurückzugreifen.

Die DGO führte aufbauend auf dem am 15. Dezember 1933 verabschiedeten preußischen Gemeindeverfassungsgesetz<sup>14</sup> statt zu einer Stärkung des Gedankens der kommunalen Selbstverwaltung zu deren Zerschlagung. Die Ratsmitglieder wurden auf Vorschlag des Gauleiters der NSDAP von der Aufsichtsbehörde ernannt. Die örtlichen Führer von NSDAP, SA und SS gehörten dem Rat kraft Gesetzes an. Die Bürgermeister ernannte der Innenminister nach Rücksprache mit den Gauleitern. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörde wurden verstärkt, so dass die Gemeinden völlig unter dem Einfluss des totalitären Staats standen. Die Schablone - von mehr konnte, wie oben am Sieglarer Beispiel exemplarisch aufgezeigt, wahrlich nicht die Rede sein -, stand zwar noch, aber die Gemeinden waren schon das, was erst am Vorabend des Zweiten Weltkrieges auch deklaratorisch festgelegt wurde: Dienststellen der Reichsverwaltung<sup>15</sup>.

Sollte man dieses Recht, das allem Hohn sprach, was man in diesen Apriltagen dachte, fühlte und wollte, beibehalten? Bei der Antwort auf diese Frage muss man jedoch berücksichtigen, dass in Sieglar und

Troisdorf dieses Recht mit stark unterschiedlich ausgeprägter Intensität praktiziert worden war, wobei es dem Troisdorfer Gemeinderat gelang, zumindest bis in die ersten Kriegsjahre hinein, sich bestimmte Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte zu bewahren.

Natürlich bewegte auch die Alliierten die Frage, wie die neuen Amtsträger in den Rathäusern unter den völlig veränderten Umständen und in zwingenden Notsituationen auf nahezu allen Gebieten des Zusammenlebens innerhalb einer örtlichen Gemeinschaft mit der offenen Rechtslage fertig werden sollten. Die Möglichkeiten, die sich dabei boten, zeigten sich als recht beschränkt: Einmal konnte man an den Rechtszustand von vor 1933 anknüpfen, zum zweiten ein ganz neues Konzept schaffen und drittens zunächst einmal das geltende Nazi-recht weiter, allerdings mit gewissen Einschränkungen, praktizieren.

Während die Amerikaner und Franzosen keine Bedenken zeigten, sich des alten Rechtes zu bedienen, beschränkten Briten und Sowjets aus verschiedenen Gründen den zweiten Weg. Die US-Militärregierung bestätigte sogar, dass sie „was not too far from the position of the great Prussian reformer...“<sup>16</sup>

Für Troisdorf und Sieglar galt damit zunächst die Meinung der Amerikaner, d. h. in den beiden Rathäusern arbeitete die Verwaltung nach den Grundsätzen der für den damaligen Sieglar seit 1919 gültigen Kommunalverordnungen<sup>17</sup> (In der

10 Vgl. Ossendorf, Karlheinz, Im Bobenhagel starb das alte Troisdorf, in: TJH XXII/1992, S. 41f.

11 Reichsgesetzblatt (RGBl) I. S. 49.

12 Vgl. Schulte, Albert, 150 Jahre Sieglarer Gemeindepolitik, Sieglar 1964, S. 265.

13 Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945.

14 Preußische Gesetzessammlung (Pr. GS), S. 427.

15 Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Vereinfachung der Verwaltung vom 28. August 1939, RGBl I. S. 1535.

16 Unruh, Georg Christoph von, Die Lage der deutschen Verwaltung zwischen 1945 und 1949, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. V. S. 70ff.; Jeserich, Kurt/Pohl, Hans, Georg, Christoph, von, Stuttgart 1987; mit „prussian reformer“ ist Freiherr vom Stein gemeint.

17 Verordnung (VO) vom 24. Januar 1919, Pr. GS, S. 213; allein in Preußen galten von 1919 bis 1935 regional 15 verschiedene Gemeindeordnungen.

Tat traten diese gesetzlichen Grundsätze etwas in den Hintergrund, weil es zunächst möglichst unbürokratisch Soforthilfen zu leisten galt, wie sie die Realität einer zerbombten, zerschossenen und von allen Ressourcen abgeschnittenen Kommune erforderten.).

## Schneller Wandel der Gesetzeslage

Die Einstellung zum Gesetz, auf dessen Basis in den Rathäusern an Rhein und Sieg agiert werden sollte, änderte sich schlagartig, als die Briten gegen Anfang Juni 1945 nach und nach die Amerikaner als Besatzungsmacht ablösten, in ihre Besitzstände eindringen und die Britische Zone etabliert wurde. In dieser gesamten Zone galt zunächst einmal die DGO fort, die von der britischen Militärregierung nicht grundsätzlich als Nazirecht aufgehoben worden war. Lediglich die den Einfluss der NS-Partei sichernden Vorschriften hatten die Briten gekappt. Das Mitwirkungsrecht der Zentralgewalt gegenüber den Gemeinden behielt die leitenden Besatzungsmacht bei, sicherlich vordergründig, um ihre Ziele, von oben her dekretiert, zumindest für eine Übergangsfrist durchsetzen zu können. Anders als die Amerikaner kam der vom britischen Premierminister Attlee beauftragte Dozent der „London School of Economics“, William A. Robson<sup>18</sup>, zu dem Ergebnis, die herkömmliche deutsche Selbstverwaltung besitze „undemocratic features“, weshalb „necessity for radical reform“<sup>19</sup> bestehe. Weil nach englischer Ansicht „auf britischem Boden die Demokratie am besten gedeiht“<sup>20</sup>, legten die Briten folgerichtig ihr System der Reform zugrunde. Das Ergebnis stellte die „Revidierte Deutsche Gemeindeordnung“<sup>21</sup> dar, die am 1. April 1946 von der britischen Kontrollkommission in Kraft gesetzt wurde. An die Stelle des Führerprinzips

trat jetzt das „Prinzip gemeinschaftlicher Verantwortung“. Allein zuständiges Organ für die Wahrnehmung der Aufgaben der Gemeinde wurde der Gemeinderat (monistisches Prinzip). Er war auch zur Vertretung der Gemeinde berufen. Den ehrenamtlichen Bürgermeister wählte der Rat aus seiner Mitte - zunächst für ein Jahr. Als „primus inter pares“ führte er den Vorsitz bei den Ratssitzungen und repräsentierte die Gemeinde. Leiter der Verwaltung wurde der „Hauptgemeindebeamte“ (in den Gemeinden: Gemeindedirektor, in den Ämtern als Nachfolgerin der Bürgermeisterei: Amtsdirektor, in den Städten: Stadtdirektor, in den kreisfreien Städten: Oberstadtdirektor, der jedoch kein eigenes Organ darstellte.) Der Hauptgemeindebeamte hatte eine dem Rat gegenüber dienende Funktion (Beschlussvorbereitung und -ausführung) und war dessen Schriftführer, wobei sein britisches Gegenstück der „town-clerk“ Pate stand. Ende 1946 wurde die Gesetzgebungszuständigkeit von den Briten auf die Gesetzgebungsorgane in Nordrhein-Westfalen übertragen.<sup>22</sup> Diese benötigten dann fast sechs Jahre, um die „Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen“<sup>23</sup> zu schaffen, die am 10. November 1952 in Kraft trat. Mittlerweile hatte das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Art. 28 Abs. 2 das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden von Verfassungen wegen garantiert. Über diese Vorschrift hinausgehend bestimmte Art. 87, Abs. 2 der inzwischen am 18. Juni 1950 in Kraft getretenen Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen die Gemeinden und Gemeindeverbände zu den alleinigen Trägern der öffentlichen Verwaltung in ihrem Gebiet. Die Auftragsverwaltung des Staates wurde inhaltlich eingeschränkt. Zahlreiche Aufgaben, die zuvor von Staatsbehörden wahrgenommen wurden, oblagen nun den Kommunen.<sup>24</sup> Im Zuge verschiedener Funktionalreformen übertrug der Gesetzgeber

den Gemeinden weitere Aufgaben. Zusammenfassend kann festgestellt werden: Nie zuvor waren die Gemeinden in unserem Land mächtiger als in den abgelaufenen 50 Jahren bis in die Jetztzeit hinein. Es nimmt daher nicht wunder, dass die Gemeinden zur Stärkung ihrer Verwaltungskraft nach größeren Einheiten strebten.

## „...in Verwaltungsdingen die reinsten Kinder“

Im Vorstehenden sind wir - was die Gesetzesgrundlagen anbetrifft - der Wirklichkeit in den Nachkriegskommunen weit vorausgeeilt. Aber sie brachten neben einigen Modifikationen mit dem Wechsel der Befehlsgewalt im Frühjahr 1945 als einschneidende und bisher in dieser Art an Rhein und Sieg nicht gekannte Änderung die sogenannte Doppelspitze in den Kommunen, die sich in der Zukunft als langlebiger erwies, als alle Auguren in den 50er und 60er Jahren vorauszusagen wagten. Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts begrub der nordrhein-westfälische Landtag diese Doppelspitze aus ehrenamtlichem Bürgermeister und dem Hauptgemeindebeamten, und im September 1999 wählte die Bevölkerung erstmals den hauptamtlichen Bürgermeister, der zugleich als Leiter der Verwaltung fungierte, direkt und selbst.

Soweit ist die Entwicklung klar. Wie aber sahen die Deutschen in der Retrospektive das Wirken zunächst der Amerikaner und später

18 „Local government in occupied Germany“, : „The political Quarterly“ XVI, S. 277.

19 Hier zitiert nach Unruh a. a. O., S. 79.

20 Richtlinien der Militärregierung vom 1. Februar 1946.

21 VO Nr. 21 der brit. Militärregierung, Amtsblatt der Militärregierung 1946, S. 127ff.

22 VO Nr. 57 vom 1. Dezember 1946, Amtsblatt der Militärregierung, S. 344.

23 Gesetz- und Verordnungs-Blatt (GVBl) des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 269.

24 Z.B. das Gesundheits-, das Kataster- und das Vermessungswesen.

Konrad Adenauer verdanken wir einige Äußerungen aus dieser Zeit. Der Mann, der zunächst von Rhöndorf aus, dann als wiederbestellter Oberbürgermeister von Köln<sup>25</sup> die Dinge aus nächster Nähe betrachten konnte, der Erkenntnisse aus einer umfangreichen Korrespondenz gewann, aber der auch Schlussfolgerungen aus den Unterhaltungen mit hohen alliierten Offizieren zog, schätzte die menschliche Qualität der „Verwaltungsoffiziere“ als besser ein, als die von ihnen betriebene Bürokratie. Wer die Äußerungen Adenauers aus dieser Zeit studiert, spürt das blanke Entsetzen über die amerikanische Inkompetenz in Sachen Ver-

waltung in diesen ersten Besatzungsmonaten. Ein Zitat: „Die Amerikaner haben nicht die geringste Ahnung von der deutschen Mentalität und sind in Verwaltungsdingen die reinsten Kinder. Nicht nur in Köln, sondern überall herrscht ein Durcheinander, das einfach nicht zu beschreiben ist...“<sup>26</sup>

Zur Inkompetenz trat die Macht, die teilweise durch die Furcht vor Infiltration unbekannter und deshalb nicht kalkulierbarer Kräfte verstärkt, rücksichtslos ausgeübt wurde.

Diese Tatsache erwies sich in der Rückschau zahlreicher politischer Tätiger als stärkste Bremse im Kampf um die Beseitigung der schlimmsten Notstände, vor allem aber dann, wenn weiterblickende und nicht nur auf den Augenblickserfolg abzielende Vorschläge unterbreitet wurden, die auf Dauer Verbesserungen versprachen. Gerade in diesem Punkte wirkte der unausrottbare Argwohn der Amerikaner vor einer zu schnellen, nicht mehr kontrollierbaren positiven Entwicklung in deutschen Ländern mit. „Gebt den Deutschen eine leere Konservenbüchse und sie basteln daraus in kürzester Zeit ein Maschinengewehr,“ ein Satz, der zu einem geflügelten Wort als Ausdruck einer stets latenten Besorgnis gegenüber den allzu aktiv täti-

gen Deutschen wurde.

Adenauer musste jedoch später den Amerikanern etwas Abbitte leisten, nachdem er die britischen Verwaltungspraktiken dieser Zeit im Kölner Raum in Vergleich zu den Erfahrungen aus den Jahren nach 1919 gesetzt hatte.<sup>27</sup>

Bei dieser Beurteilung mag allerdings auch eine Rolle gespielt haben, dass von den Besatzungsmächten Linkstendenzen vielerorts gefördert wurden und Adenauer glaubte, dass die Labour-Party „die deutsche Sozialdemokratie mit großen Geldmitteln unterstützte.“<sup>28</sup> Tatsache ist jedoch auch, dass die Briten sich in den Sommer- und Herbstmonaten 1945 kaum um die Bedürfnisse der darbenenden Bevölkerung kümmerten. Obwohl es an Hinweisen und Eingaben nicht gefehlt hat, in denen die kommenden Wintermonate in den schwärzesten Farben gemalt wurden. Adenauer schreibt u. a. „Ich befürchte, dass diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten,“<sup>29</sup> und an anderer Stelle: „Schon jetzt grassiert die Tuberkulose. Die Seuchengefahr wird in der kalten Jahreszeit noch zunehmen.“<sup>30</sup>

Aber obwohl in der britischen Zone genügend Kohle vorhanden war, blockierten die Briten die Kohleförderung und die Verteilung zum privaten Verbrauch mit dem als politische Vorgabe gesteckten Ziel, die deutsche Industrie lahmzulegen und jeden schnellen Aufschwung zu vermeiden.

## Die besten Häuser beschlagnahmt

Die spezifische Lage Troisdorfs übertraf die der im umliegenden ländlichen Raum gelegenen Kommunen in ihrer negativen Auswirkung erheblich. Zunächst beschlagnahmten die Amerikaner die Häuser ganzer Straßenzüge in der

Nähe des St. Josephs-Hospitals, so an der Altenrather- und an der Parkstraße. Später sollten weitere im Bereich Richard-Wagner-Platz, Friedrich-Ebert-Straße, Schlossstraße, Römerstraße, von-Loe-Straße und Friedensstraße sowie zusätzlich an der Altenrather Straße das Waldcafé Haus Ravensberg folgen. Innerhalb von 24 Stunden mussten die Bewohner ihre Häuser räumen<sup>31</sup>.

Für das ausgebombte Troisdorf mit seiner akuten Wohnungsnot riefen diese einschneidenden Maßnahmen erhebliche Spannungen hervor.

Heinrich Kutzner sah sich deshalb schon nach den ersten Räumaktionen am 25. April 1945 veranlasst, in einem Brief, den er über den Landrat an die alliierte Militärverwaltung richtete, auf dieses Problem hinzuweisen. Der kommissarische Bürgermeister erläuterte u. a. : „In Troisdorf sind 700 Soldaten der amerikanischen Wehrmacht stationiert.“ Durch Beschlagnahmen seien 250 Leute gezwungen worden, ihre Wohnungen zu verlassen. Da durch Kriegseinwirkungen 800 bis 900 Häuser nicht mehr bewohnbar seien, sich zudem noch eine Menge Flüchtlinge

25 Adenauer wirkte zunächst als „Berater“ der Amerikaner, bis er am 4. Mai 1945 offiziell die Amtsgeschäfte als Oberbürgermeister von Köln übernehmen durfte.

26 Wie Anm. 3, S. 443.

27 Die Briten übernahmen am 21. Juni 1945 offiziell die Regierungsbezirke Köln, Düsseldorf und Aachen von den Amerikanern.

28 Morsey, Rudolf/Schwarz, Hans Peter, Hrg., Konrad Adenauer, Briefe über Deutschland 1945-1951, Berlin 1986, S. 80.

29 Wie Anm. 3, S. 447.

30 A. a. O. S. 446.

31 Amerikanern und Briten folgten Anfang 1946 belgische Einheiten. Zusätzlich wurden Häuser „Am Hofweiher“ und die Berufsschule an dieser Straße belegt. Ostern 1946 räumten die Belgier Troisdorf. Die beschlagnahmten Häuser blieben völlig ausgeplündert und ohne Mobiliar zurück. Am 6. Juni 1946 belegten Briten die Wohnhäuser Richard-Wagner-Platz, Friedrich-Ebert-Straße, Schlossstraße, Römerstraße, von-Loe-Straße, Häuser an der Friedensstraße und das Waldcafé und Restaurant Ravensberg an der Altenrather Straße. Innerhalb von 24 Stunden mussten die Wohnungen geräumt sein. Die Briten fuhren Panzer auf mit Maschinengewehren in Anschlag und sperrten den betroffenen Wohnbereich mit Stacheldraht ab. Während der Räumaktion kreisten den ganzen Tag Flugzeuge der RAF über Troisdorf.

aus anderen Gegenden in Troisdorf aufhielten, stoße die Unterbringung der ausquartierten Leute auf größte Schwierigkeiten. Wörtlich: „Vielleicht ist es möglich, zu erwirken, dass die Betreffenden in den Kellern ihrer Häuser verbleiben oder aber noch besser, dass jede Familie mehrere Soldaten als Einquartierung zugewiesen bekommt. Das letztere wäre die beste Lösung.“<sup>32</sup>

Neben diesen Unterbringungs-

ten trafen vor allem Kranke, die im Troisdorfer Hospital nicht den erforderlichen Spezialisten fanden, aber auch alle, die ansonsten für die Versorgung Troisdorfs zuständig waren. In Troisdorf selbst konnte kaum noch etwas an Essbarem produziert werden. Alles, was benötigt wurde, konnte nur von draußen herein geschafft werden.

Heinrich Kutzner bat in dieser Situation die alliierte Militärverwaltung um die Erlaubnis, dass Fahr-

nungen dicht machen zu können, versuche man in drei Schichten zu je acht Stunden zu arbeiten. Dieser Arbeitsrhythmus setze allerdings voraus, dass die Arbeiter auch nachts zum Werk kommen und es nach der Schicht auf dem Wege nach Hause wieder verlassen könnten.

Kutzner setzte sich auch für diesen Wunsch nachhaltig ein, wie auch für die Bitte von Habel, die

Troisdorf, den <sup>24/4</sup> 1945

Mr. Mrs. *Heinrich Omeudorf* . . . . .  
 is allowed to pass the bridge from Troisdorf  
 to Siegburg  
 and back.  
 Reason: *to bring foods* . . . . .  
 . . . . .  
 . . . . .



*H. Omeudorf*  
Comander

*Eugen Vogel, geb. 18. Februar 1892, seit 2. August 1917 mit Emilie, geb. Kneule (geb. 3. Januar 1887 in Freudenstadt) verheiratet, amerikanischer Staatsangehöriger, gelernter Metzgermeister, seit 1930 selbständiger Kaufmann in Siegburg, am 11. April 1945 von der Militärregierung zum Siegburger Bürgermeister ernannt und am 22. November 1945 vom Regierungspräsidenten „mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte beauftragt, musste am 29. Mai 1945 auch die Amtsgeschäfte des Troisdorfer Bürgermeisters für eine Woche übernehmen, nachdem die Militärregierung Heinrich Kutzner abberufen hatte. Am 19. Februar 1946 teilte der Landrat dem Regierungspräsidenten mit, dass sich Bürgermeister Vogel für das Amt des Stadtdirektors in Siegburg entschieden habe. (Vgl. Archiv des Rhein-Sieg-Kreises, SK-0-128 (ARSK-SK))*

sorgen hatte Kutzner noch andere elementare Probleme zu lösen: Troisdorf bildete in der damaligen Situation quasi eine Insel. Im Norden lag die Front, im Westen der Rhein, der nicht überschritten werden durfte, die Agger erwies sich als Grenzfluss, den zu überqueren Deutschen verboten war, zumal die Brücke im Zuge der damaligen Reichsstraße 8 in der Nacht zum 11. April in die Luft geflogen war, nachdem im Verlauf des Dauerfeuers, das auf dem Übergang lag, eine deutsche Granate die eingebaute Sprengladung getroffen hatte. Die amerikanischen Pioniere bauten zwar recht schnell eine Behelfsbrücke, die jedoch nur dem Militär vorbehalten blieb.<sup>33</sup> Niemand durfte den Ort verlassen. Zudem herrschte eine nächtliche Ausgangssperre. Diese Vorschrif-

*Nur mit einem solchen Passierschein war es möglich, 1945 die provisorische Straßenbrücke über die Agger zu überqueren.*

zeuge für den Lebensmitteltransport die Brücke passieren dürften, weil „Troisdorf augenblicklich von jeder Versorgung abgeschnitten ist,“ und „die Lebensmittelhändler keinerlei Möglichkeit haben, Ware herbeizuschaffen.“ Auch für die Kranken, die Spezialärzte in Siegburg aufsuchen mussten, bat er um Genehmigung, Passierscheine ausstellen zu dürfen.<sup>34</sup>

Passierscheine forderte auch Direktor Habel von der Dynamit AG für die Arbeiter, die auf einer im Werk installierten Handpresse Dachziegel produzierten. Um möglichst schnell die Dächer der Werkshallen und der Werkswoh-

im Werk lagernden und beschlagnahmten Baumaterialien freizugeben. Mit ihrer Hilfe hoffte man, die Trümmer der weitgehend zerstörten Hauptverwaltung an der Kölner Straße soweit sichern zu können, dass die Chance verblieb, die dort lagernden, noch vorhandenen Akten zu retten. Im Gegenzug sagte Habel zu, für dringend notwendi-

<sup>32</sup> Wie Anm. 10, S. 42.

<sup>33</sup> Wie Anm. 8.

<sup>34</sup> Akte Landratsamt Siegburgkreis 3320.



Dr. Heinz Gummersbach, geb. 16. Juli 1886, verheiratet mit Erna Schulz (geb. 12. April 1901 in Betzdorf) Mitglied der Zentrumspartei, vom 6. Juni 1945 bis zum 15. Juli 1946 hauptamtlicher Bürgermeister in Troisdorf. Nach dem Juvastudium arbeitete er von 1913 bis 1918 beim Amts- und Landgericht in Köln und in der Stadtverwaltung der Rheinmetropole, hielt ab 1919 rechtswissenschaftliche Vorlesungen an der Universität Bonn, war von 1919 bis 1927 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bonn, trat ab 1920 mit Vorlesungen im Psychologischen Seminar hervor, gründete im selben Jahr das Forschungsinstitut für Sozialwissenschaft und Psychologie, das seit 1921 als „Kriminalwissenschaftliches Institut der Universität Köln“ einige Bedeutung erlangte. 1927 wechselte Gummersbach in den Staatsdienst und zwar ins Justizministerium des Freistaates Sachsen, ging 1932 bis 1933 wieder zur Kölner Stadtverwaltung, wo er auch gegen Kriegsende wieder eingestellt wurde. Von hier aus wurde er nach Troisdorf berufen. Am 31. Oktober 1945 ernannte der Regierungspräsident Gummersbach nach Zustimmung durch die Militärregierung zum Bürgermeister von Troisdorf, ein Amt, das er schon am 4. Juni 1945 übernommen hatte. Die Briten übertrugen Gummersbach die Aufgabe, die Wege für eine politische Demokratisierung von der Gemeindeebene her einzuleiten. Er legte Personalvorschläge für den „beratenden Ausschuss“ vor. Dabei fühlten sich die Linksparteien übergangen. Ähnliche Vorwürfe gegen Gummersbach erhoben SPD- und KPD-Mitglieder, als es um die Zusammensetzung des Entnazifizierungsausschusses ging. Es hagelte Proteste, auch in der Linkspresse. Gummersbach genoss jedoch augenscheinlich einen starken Rückhalt bei den Briten. So trat er nach dem 3. Mai 1946 nicht zurück, als Amandus Hagen zum Bürgermeister gewählt worden war. Am 8. Juli 1946 beschwerte sich Oberstleutnant Collings auf Grund einer Klage der RAF-Dienststellen, dass sich Gummersbach bei der Evakuierung deutscher Wohnungen wenig kooperativ gezeigt und weder der RAF noch der deutschen Zivilbevölkerung geholfen habe. Die Schlussfolgerung: „...er soll sofort aus dem Amt entlassen werden.“ Da half auch nicht die Intervention des Kreises, der Collings wissen ließ, Gummersbach sei erkrankt und habe sich deshalb nicht um die Dinge kümmern können. Er schied am 15. Juli 1946 aus und zog sich im Herbst desselben Jahres nach Montabaur zurück, wo er sich beim dortigen Regierungspräsidenten bewarb (ARSK-SK-O 130 und 343).



ge Sicherungsarbeiten an Wohngebäuden die im Werk lagernden Baumaterialien freizugeben.

Am 30. April 1945 wandte sich Kutzner wieder an den Landrat<sup>35</sup> mit der Bitte um Hilfe. Der Bürgermeister schilderte nochmals die prekäre Situation in der Gemeinde und sagte, dass durch die Bombenangriffe vom 29. Dezember 1944, die späteren Angriffe und den Artilleriebeschuss 900 Wohnhäuser teils zerstört, teils schwer und leicht beschädigt worden seien. „Um die bestehende Wohnungsnot durch beschleunigte Instandsetzung zu mildern, ist es dringend notwendig, dass für die Herbeischaffung von Baumaterial Erleichterungen im Verkehr der Lkw gewährt werden“<sup>36</sup>.

In der Folgezeit entspann sich ein hartes Tauziehen, das nach und nach zu einigen Erleichterungen im Verkehr führte. In jedem Einzelfall mussten die Militärbehörden von der Notwendigkeit des Transportes und vom Ausschluss eines etwaigen Missbrauchs der Baumaterialien überzeugt werden, bevor der erste Holzvergaser Spanplatten und Latten für Abdichtungsarbeiten heranschafften konnte.

In dieser Situation bat auch Pfarrer Theiß von der Evangelischen Kirchengemeinde Heinrich Kutzner um Hilfe. Die Gemeinde sei besonders hart betroffen, Kirche, Pfarr-

*Bis 1949 musste die Gemeinde Troisdorf Trümmer von Straßen, Gehwegen und Plätzen räumen. Hier Schuttberge an der Ecke Kirchstraße und Weingartenweg.*

haus und Gemeindehaus hätten schwere Schäden erlitten, die Kirche sei aber unbenutz- und das Pfarrhaus unbewohnbar. Um die Gebäude vor dem vollständigen Verfall zu retten, benötige man zunächst Holz, um die Dächer abzudichten und die Fenster zu schließen. Der Pfarrer bat um Freigabe des auf dem Werksgelände von Dynamit Nobel lagernden Holzes durch die Militärbehörde<sup>37</sup>.

## Vorsichtige Demokratisierungsversuche

Am 29. Mai 1945 setzten die Briten Heinrich Kutzner als kommissarischen Bürgermeister ab ohne gleichzeitig einen Nachfolger präsentieren zu können. Die Vakanz hatte der Siegburger Bürgermeister Eugen Vogel zu füllen, der für eine Woche die Verwaltungsgeschäfte im Siegburger und Trois-

35 Im April und Mai versah Dr. Eduard Bierhoff die Geschäfte des Landrats, bevor Josef Clarenz ab 1. April 1946 Oberkreisdirektor wurde.

36 Wie Anm. 34.

37 Ebenda.

38 Wie Anm. 8.

dorfer Rathaus in Personalunion besorgte.<sup>38</sup> Am 6. Juni 1945 berief die Besatzungsmacht den 1886 in Köln geborenen Dr. Heinrich Gummersbach zum neuen Troisdorfer Bürgermeister. Er hatte zuvor in der Stadtverwaltung Köln gearbeitet und war Mitglied der Zentrums- partei. Die Briten trugen ihm die Aufgabe an, den politischen Demokratisierungsprozess auf der örtlichen Verwaltungsebene vorzubereiten, erwarteten also, dass Gummersbach im Rahmen der vorgegebenen Richtlinien, die Demokratisierung und die Dezentralisation auf Gemeindeebene vorantreiben sollte. Bis September 1945 mussten die Grundlagen für ein erstmals seit 1933 wieder funktionierendes Mitwirken von Volksvertretern geschaffen sein. An Wahlen dachten die Briten zunächst dabei nicht, vielmehr an eine Zwischen- und Erprobungsstufe. Volksvertreter sollten in einem „beratenden Ausschuss“ zusammengefasst werden, in dem ihre Mitwirkungsfähigkeit einem Test unterlag. Sie wurden nicht gewählt, sondern ernannt. Der Ausschuss galt als Pilotprojekt. An ihm sollte sich erweisen, ob mit den Deutschen ein parlamentarischer Aufbau in den Gemeinden überhaupt möglich sei<sup>39</sup>.

Obwohl die Alltagsarbeit ihm bei reduzierter Mannschaft über dem Kopf zusammenschlug, oblag es Gummersbach, bar jeder einschlägigen Erfahrung auf diesem Sektor, aus der Troisdorfer Bürgerschaft die Männer - Frauen hatten zu dieser Zeit noch kein Gewicht in den wieder etablierten politischen Parteien erlangt - auszuwählen und der britischen Besatzungsbehörde vorzuschlagen, die im „beratenden Ausschuss“ tätig werden sollten.

Gummersbach tat in dieser schwierigen Situation das einzig Richtige: Er schloss sich mit einigen honorigen Troisdorfern kurz und beriet sich mit ihnen über die Auswahl. Das Ergebnis füllte eine Liste, aus der die Briten den

Ausschuss zusammenstellten. Am 6. Dezember 1945 konstituierte sich der von der britischen Militärregierung berufenen „beratende Ausschuss der Gemeinde Troisdorf“. Ihm gehörten Dr. Heinrich Gummersbach als Bürgermeister, Dr. Wilhelm Hamacher als Vorsitzender, Josef Kargl als Beigeordneter und Robert Braun, Wilhelm Dietz, Mathias Lang, Wilhelm Richartz, Johann Schmitz, Rädter (Vornahme nicht bekannt), Josef Kitz, Fritz Licht, Leonhard Rödel und Wilhelm Wacker als Ausschussmitglieder an. Damit waren Zentrum, SPD und KPD, die sich auf Gemeindeebene schon wieder begründet hatten, in diesem ersten, zwar berufenen, aber mit demokratischer Zielrichtung bestellten politischen Gremium der Nachkriegszeit vertreten.<sup>40</sup>

## Parteien melden Rechte an

Das „Pilotprojekt“, so würde man heute den Ausschusstest als Versuchsmodell für ein demokratisches Einstiegsexperiment einer Unterbehörde bezeichnen, erwies sich in seiner ganzen personellen Erscheinungsform als das, was demokratische Beratungs- und Entscheidungsstrukturen so angreifbar macht: Ein parteipolitisches und parteiabhängiges, mehr oder weniger der Fraktionsdisziplin unterworfenes Gremium, in dem Machtkalkül oder Machtgewinn im Vordergrund der Beweggründe stand.

Zwar war das Phänomen den Briten und auch den Politikern nicht fremd, die noch vor 1933 kommunalpolitisch aktiv gewesen waren und es fehlte deshalb auch nicht an Warnrufen, aber im Endeffekt rückte auch in diese erste offizielle Beratungsinstitution die parteipolitische Nützlichkeit in den Vordergrund.

Da blieb die Denkschrift, die Bürgermeister Gummersbach jedem

Ausschussmitglied zur konstituierenden Sitzung in die Hand drückte und in der festgestellt wurde, dass mit diesem Dreizehnergremium „nach zwölf Jahren Zwangsherrschaft zum ersten Mal wieder ein freier Gemeinderat in Troisdorf zusammenkommen“ könnte, ebenso Makulatur, wie die Protokollnotiz von Heinrich Kutzner, wonach die demokratische Gemeindeverwaltung das fluchbeladene Erbe nur brechen könne, „wenn die Vertreter der Bürgerschaft zusammenstehen in dem Bewusstsein ihrer gemeinsamen Verantwortung für das gemeinsame Ziel, die vor uns liegende Zeit der Not zu überstehen.“

Die Ausschussmitglieder wurden zusätzlich ermahnt, ihre Kritik nicht durch Leidenschaft und Propaganda zu missbrauchen, vielmehr sollten „Wahrheit und Wirklichkeit der Dinge die Richtlinien der Urteilsbildung“ sein.<sup>41</sup>

Die bestellten Politiker wurden schließlich ermahnt, parteipolitische Auseinandersetzungen zu rückzustellen und Gemeinsinn und Zusammengehörigkeitsgefühl an den Tag zu legen, wobei nicht verhehlt wurde, dass diese Forderungen der britischen Konzeption einer kommunalen Selbstverwaltung entsprachen, die eine Beteiligung aller Bevölkerungskreise vorsah.

Was jedoch in den Richtlinien über die Zusammensetzung des Ausschusses fehlte, das waren Angaben über die parteipolitische Aufteilung. Dieses Manko erwies sich prompt als Achillesferse im „Test“. Die Parteien erkannten sofort, wie wichtig für weitere Entscheidungen der „beratende Ausschuss“ sein würde und dass in ihm möglicherweise schon Weichen zu stellen wären, die schließlich angaben, in welche Richtung die Fahrt des Kommunalzuges einmal gesteuert werde. Sie meldeten denn auch Besetzungsansprüche an, zumal die

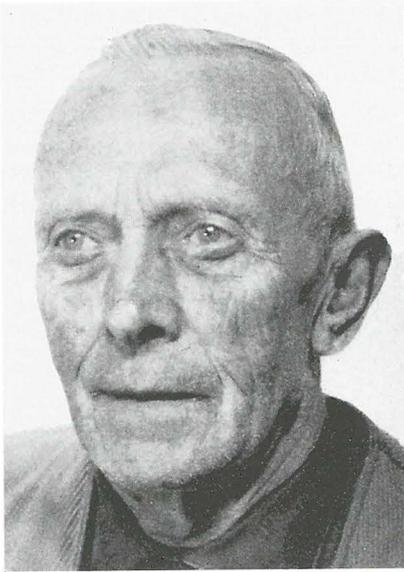
39 Wie Anm. 4, S. 82.

40 Wie Anm. 4, S. 73.

41 Ebenda.



*Wilhelm Heuser, geb. 1. Oktober 1905 in Schlebusch, Volksschule, Metzgerlehre, Gesellenprüfung mit sehr gut, bis 1937 als Geselle und Filialleiter tätig, 1937 selbständiger Metzger in Spich, 1940 Meisterprüfung, SPD-Mitglied, Bürgermeister von März (offizielle Ernennung durch Captain M. Stoop am 8. April 1946) bis Oktober 1946. Ab den Wahlen 1946 stellvertretender Bürgermeister und ab 17. Oktober 1948 Mitglied des Kreistages. (ARSK-SK-0-341)*



*Peter Johann Ollig, geb. 1. April 1889 in Köln-Mülheim, verheiratet mit Katharina Hubertine Corzelius, Reichsbahnbeamter i. R. (zuletzt als Zugführer tätig), Mitglied der Zentrumspartei, am 3. Oktober 1946 für zwei Jahre zum Bürgermeister gewählt. Am 24. Oktober 1946 sprach der Gemeinderat bei einer Stimmenthaltung Ollig das uneingeschränkte Vertrauen aus und wies damit den Einspruch eines Bürgers gegen die Bürgermeisterwahl zurück. (ARSK-SK-0-341)*



*Wilhelm Dölger, geb. 24. Januar 1911 als Sohn der Eheleute Heinrich Dölger und Margerethe geb. Schell, Volksschule, kaufmännische Lehre bei den Klöckner-Werken, 1932/33 zwei Semester Verwaltungsakademie Bonn, Gewerkschaftsfunktionär, entlassen mit dem Prädikat „politisch unzuverlässig“, arbeitslos, in der Landwirtschaft tätig, ab 10. Juli 1936 im Dienst der Dynamit AG, ab 20. Januar 1942 Militärdienst, am 10. Mai 1945 in Kiel in englische Gefangenschaft geraten, am 31. Juli 1945 entlassen und wieder Dienst bei Dynamit Nobel. Betriebsobmann im Werk, CDU-Mitglied, am 27. Oktober 1946 in den Gemeinderat gewählt, Bürgermeister von 1948 bis 1952 in Sieglar, gest. 22. August 1968. (ARSK-SK-0-341).*

Parteien, die den ihrer Meinung nach nicht gewährten Proporz bemängelten.<sup>42</sup>

Die Meinungsdifferenzen verschärfen sich noch, als am 27. Februar 1946 eine von der „englischen Militärregierung berufene Gemeindevertretung“ zusammentrat.

## Wer erhält Sitze der Splitterparteien von 1929

Ähnlich wie in Troisdorf liefen die Dinge in Sieglar. Es gab einen „beratenden Ausschuss“, der am 12. Oktober 1945 erstmals zusammentrat und dem Bürgermeister Karl vom Feld, von den Amerikanern ernannt und von den Briten zum Ge-

meindedirektor umfunktioniert, vorsaß. Ihm gehörten Bernhard Heil, Engelbert Reik, Fömpe, Wilhelm Schulte, Höngesberg, Ludwig Mertens, Ludwig, Wilhelm Heuser, Peter Weber und Grzelka an.<sup>43</sup>

Bei dieser konstituierenden Sitzung in Sieglar gab es nur zögerliche Abtastversuche. Der Eindruck: Die ernannten Ausschussmitglieder mussten sich erst wieder an demokratische Spielregeln gewöhnen. Das wurde - wie auch in Troisdorf - schon in der Vorweihnachtszeit 1945 anders, als Gespräche über die Verteilung etwaiger Gemeinderatsmandate geführt wurden. Im rathausamtlichen Protokoll ist darüber Folgendes festgehalten: „Gemäß Verfügung der Militärregierung soll die Mandatsverteilung in der neuen Gemeindevertretung in Anlehnung an die Wahl von 1929 erfolgen. Bei dieser Wahl sind in der

Gemeinde Sieglar Splitterparteien aufgetreten, die nur rein örtlichen Charakter hatten. Die Stimmen dieser Splitterparteien beansprucht das Zentrum für sich. Der Vorsitzende der SPD, Ludwig, und der Vorsitzende der KPD, Weber, nehmen hiergegen Stellung und stellen den Antrag, dass die Mandatsverteilung wohl in Anlehnung an die Wahl von 1929, aber ohne Berücksichtigung der Splitterparteien erfolgen soll. Es soll nur das reine Stimmergebnis der drei Par-

<sup>42</sup> Dem „beratenden Ausschuss“ gehörten sieben Zentrums-, drei SPD-, zwei KPD-Mitglieder und ein Parteiloser an. (Nach Grundmann wie Anm. 4.)

<sup>43</sup> Wie Anm. 12, S. 266.

teien Zentrum, SPD und KPD berücksichtigt werden.“

Dabei blieb es augenscheinlich, denn als die Sitzung des ersten, zwar nicht gewählten, sondern ernannten „Gemeinderates“ am 27. Februar 1946 eröffnet war, klang aus den Reden der Parteisprecher nichts mehr von den verbalen Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen an. So wie Landrat Clarenz die Politiker ermahnte, vertrauensvoll zusammenzustehen, meinte auch Bürgermeister vom Feld, dass es in Zukunft nur besser werden könne, wenn alle kameradschaftlich und hilfsbereit mitarbeiten würden. Jeglicher Hass und jeder Zwietracht müssten unterbleiben und an die Stelle von leerem Phrasendreschen müsste produktive Arbeit treten. Für das Zentrum versprach Peter Ollig, den anderen Parteien die Hand zur gemeinsamen Arbeit zu reichen, für die SPD kündigte Gerhard Gehlen die Bereitschaft zur ehrlichen Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands an. Im Namen der KPD bat Peter Weber, man solle seiner Partei die Gelegenheit geben, zu beweisen, dass sie wirklich produktive Arbeit leisten könne. Zugleich verlangte er jedoch, eine restlose Entnazifizierung der Verwaltung durchzuführen.

Im März 1946 setzten die Briten auch in Sieglar die Trennung der Ämter des politischen Bürgermeisters und des Gemeindedirektors durch. Die Bürgermeisterwahl gewann der Spicher Metzgermeister Wilhelm Heuser (SPD) mit einer Stimme Mehrheit gegenüber den Zentrums kandidaten Bernhard Heil. Da es nur einen Vorschlag für den Posten des Gemeindedirektors gab, wählte die Volksvertretung einstimmig den bisherigen Bürgermeister Karl vom Feld zum neuen Leiter der Gemeindeverwaltung.

Wilhelm Heuser amtierte nur ein halbes Jahr als Bürgermeister; denn bei der ersten Gemeinderatswahl am 15. September 1946 mit dem Gewinn der absoluten Mehr-

heit durch das Zentrum änderte sich die Stimmverteilung: Dem Zentrum stand das Recht zu, den neuen Bürgermeister zu stellen. Beim Wahlakt, zu dem auch der britische Militärgouverneur Major Collings, Oberkreisdirektor Clarenz und Landrat Gorius erschienen waren, entfiel die absolute Mehrheit der Stimmen auf den Zentrums vorschlag Peter Ollig.<sup>44</sup>

## Nützliche Panzersperren

Mit den bestellten und später gewählten Volksvertretungen, den Bürgermeistern und eingesetzten oder gewählten Hauptgemeindefebeamten stand das politische Mitwirkungsgerüst. Aber wie schon am Beispiel Kutzner exemplarisch aufgezeigt, stellten sich den nun aktiven Politikern und Verwaltungsbeamten im Alltag schier unüberwindliche Hindernisse entgegen. Versinnbildlichen wir uns die Situation: Rund 16 000 cbm Schutt lagen nach dem Einmarsch der Amerikaner auf Troisdorfs Straßen und Bürgersteigen, versperrten Panzersperren die Durchfahrt, klafften Bombentrichter in vielen Verkehrswegen mit beschädigten Gas-, Wasser- und Kanalleitungen. Die Straßenbrücke über die Agger zwischen Siegburg und Troisdorf lag im Wasser und hinderte den reibungslosen Wasserabfluss. Ebenso in die Agger gestürzt war die Brücke im Zuge der Reichsbahnstrecke Troisdorf-Siegburg. Und ebenso vernichtet lagen sieben Strassenunterführungen in Trümmern<sup>45</sup>.

Aus einem Abschlussbericht vom 30. März 1946 der Verwaltung in der Burg Wissem geht hervor, dass die Gemeinde die männliche Bevölkerung Troisdorfs zur Pflichtarbeit herangezogen hat, wobei

gleichzeitig die Landwirte mit ihren Pferde-Fuhrwerken eingesetzt waren. Die zehn großen Panzersperren hatte ein Zimmerer-Unternehmen ausgebaut und die Stämme für die Nutzholzzurichtung zur Verfügung gestellt. Zwei von der Gemeinde beauftragte Firmen hatten an 46 Stellen die Schäden am Hauptkanal beseitigt und unzählige Hausanschlüsse wiederhergestellt. Parallel dazu beseitigte das Gas- und Wasserwerk die Schäden an seinen Versorgungsleitungen. Die männlichen Arbeitskräfte füllten u. a. 52 Bombentrichter in den Straßen und richteten behelfsmäßig die Oberflächen wieder her. Nach Vorgabe der Militärregierung räumten verschiedene Trupps insgesamt 1500 cbm Schutt von den Stellen, wo es der Verkehr erforderlich machte, wobei das Bauamt im schriftlichen Bericht zur Erkenntnis kam, dass dieses Verfahren ohne Materialgewinnungsstückwerk bleiben musste, weil es in Troisdorf keine „eigentlichen Fuhrunternehmen gab“, man also auf die Landwirte mit ihren Pferdewagen angewiesen war. (Das stimmt nur eingeschränkt, immerhin gab es neben den Bauern einen Unternehmer mit einem Lkw und zwei Fuhrleute, die je einen Traktor mit Anhänger besaßen. Vgl. Akte 607 vom 10.11.1945). Da die Felder jedoch unbedingt bestellt werden mussten und diese Arbeiten Vorrang genossen, konnten in der Schuttbeseitigung nur bedingt Fortschritte erzielt werden. Dazu machte sich ein akuter Arbeitskräftemangel bemerkbar, denn jeder verfügbare Bauarbeiter wurde eingesetzt, um kleinere Schäden an Wohnhäusern zu beseitigen. Wie vorgesehen, gelang es bis Ende November 1945, also noch vor Eintritt der Hochwassergefahr, die Trümmer der beiden Aggerbrücken

44 Wie Anm. 12, S. 267.

45 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 1040, Trümmerbeseitigung 1945-47; auch die weiteren Daten zur Entrümmung entstammen dieser Quelle.



zu beseitigen. Insgesamt räumten die Helfer an diesen beiden Baustellen rund 2500 cbm Trümmer weg. Damit war sicherlich schon eine ganze Menge geschafft, aber angesichts der gewaltigen Berge von Schutt auf den einst bewohnten Grundstücken zu wenig. Die Gemeinde hatte sich deshalb für den Winter 1945/46 eine Großaktion vorgenommen. Sie sollte am 15. Dezember 1945 beginnen. An diesem Stichtag hatten zwei Tief- und eine Hochbauunternehmung, zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, anzutreten. Gemeinsam sollten die Unternehmen die zur Verfügung stehenden Fuhrwerke beladen, den Schutt auf der angefahrenen Kippe sortieren und den Rest einplanieren. Die noch

*Oben: Auch die Gaststätte Buchner an der Ecke Post- und Hippolytusstraße wurde von der RAF beschlagnahmt.*

*Unten: Das ehemalige Rathaus an der Poststraße nach der Trümmerbeseitigung.*

brauchbaren Ziegel- und Bimssteine mussten sie zu zählbaren Stapeln aufhäufen. Die Stein- und Betonbrocken lagerten die Arbeiter getrennt. Sie sollten später in einer Brecheranlage weiterverarbeitet werden, um dann erneut verwendet werden zu können

Zu Beginn der Schutträumaktion hatte die Kommune neun Pferdefuhrwerke geordert. Nur acht er-

schienen jedoch. Da sich sehr bald herausstellte, dass der Einsatz wesentlich verstärkt werden musste, wollte man die Aktion im Laufe des Winters zu einem guten Ende bringen, holte die Gemeinde zusätzlich auswärtige Fuhrwerke heran, was wiederum mehr Arbeitskräfte erforderte, sollte die Wagenkapazität voll ausgenutzt werden.

Da der Versuch, über das Arbeitsamt an zusätzliche Arbeiter zu kommen, scheiterte, verpflichtete die Gemeinde ab 7. Januar 1946 eine auswärtige Firma mit zehn Mann, die auf der Kippe zur Wiedergewinnung von Materialien und zum Einplanieren eingesetzt wurde.

Schließlich stellte die Fahrbereitschaft des Siegkreises im Februar und März 1946 noch Kraftfahrzeuge für die Schuttbeseitigung zur Verfügung. Den dadurch bedingten erneut erhöhten Arbeitskräftebedarf deckte das Arbeitsamt, da im Ortsbereich schon alle Potentiale erschöpft waren, im Gebiet Neunkirchen. Diese Arbeiter mussten jedoch täglich mit Kraftfahrzeugen abgeholt und wieder heimgebracht werden.

Parallel zur Trümmerräumung gelang es der Verwaltung, auch die Oberflächen der wichtigsten Straßen wieder instanzzusetzen. Der Erfolg der Gesamtaktion: Insgesamt schafften 9434 Fuhren à ein Kubikmeter über 10112 cbm Schutt beseite, gewannen die Männer 388,50 cbm Steinmassen und 21 900 Ziegelsteine. Das Fazit der Winteraktion: Am 15. März 1946 zeigten sich alle Straßen, Bürgersteige und öffentlichen Plätze frei von Trümmern. Dennoch blieben alle verfügbaren Kräfte im Einsatz. Man bemühte sich, die Trümmer von den Grundstücken zu räumen und dabei brauchbares Altmaterial zu sichern.

Etwas Resignation schwingt in der Endfeststellung dieses Bauamtsberichtes mit, wenn gesagt wird: „Wann diese Aktion beendet ist, lässt sich heute noch nicht bestimmen.“

# Jeder Stein und jeder Holzstamm hatte seinen Wert

Mit der Umstellung der Arbeiten von den öffentlichen Gemeindeflächen auf einst bewohnte Parzellen, erhielt die Räumarbeit zugleich eine neue Dimension. Denn unter den Schuttmassen, so wusste man, lagerten eine Menge wieder verwertbarer Baumaterialien und Metalle. Das bedeutete in der Praxis häufig, dass gewisse Trümmerhaufen mehrmals bewegt werden mussten, was natürlich Zeit und mehr Geld kostete. Zusätzlich mussten von der Kippe in Oberlar - gemeint ist der Sportplatz des VfB 05 an der Südstraße (Kaninsberg)- die dort gelagerten, noch brauchbaren Baustoffe zurückgebracht werden. Später wurden weitere Ablademöglichkeiten südlich der Troisdorf-Siegburger Eisenbahnstrecke und etwa 150 m ostwärts der Bahnunterführung Kuttgasse, an der Heerstraße und zunächst „wild“ im Bereich „Auf der Heide“ eingerichtet. Gerade die gefundenen und wiederverwertbaren Baustoffe erwiesen sich als ungeheuer wichtig; denn schon ab Kriegsende hatte sich eine enorme Materialknappheit eingestellt. Aus der Niederschrift über die Bürgermeisterdienstbesprechung vom 9. Juli 1945 ist ein „Artikel 22“ betiteltes Schreiben von Kreissekretär Kargl erhalten, in dem der Beauftragte des Landrats feststellt: „Der Zement in Oberkassel ist fast vollständig ausverkauft....das einzige Kalkwerk im Siegkreis in Ruppichteroth beginne jetzt langsam mit seinem Betrieb. Das Werk müsse jedoch Kohlen haben. Zu deren Heranschaffung fehle es an Brennstoff. Glas ist nicht mehr vorhanden. Es bestehe Aussicht, aus Witten und Gerresheim b. Düsseldorf etwas zu erhalten. Dachziegel gebe es ebenfalls im Siegkreis nicht. Zur Anfertigung von Dachziegeln fehle der

Zement....“<sup>46</sup>

Weniger Tage später ließ Kargl die Gemeinde Troisdorf, der am meisten zerstörten Kommune des Siegkreises,<sup>47</sup> wissen, dass Troisdorf sich in einem Werk in Mülheim/Ruhr 100 Sack Zement abholen könne. Die Gemeinde müsse sich jedoch selbst ein Fahrzeug besorgen, da die Fahrbereitschaft des Kreises nicht helfen könne.

Vor diesem Hintergrund gewinnen so Mitteilungen wie die eines Troisdorfer Bauunternehmers Gewicht, der die Verwaltung wissen lässt, dass er bei der Schutträumung in der Heidestraße 40 cbm Mauer sand herausgesiebt und den für Maurerarbeiten an vier Häuser in eben dieser Straße verwandt habe. Nicht alle hielten es so genau, wie dieser Meister. Die Meldungen von Diebstählen der an der Kippe gewonnenen und aufgestapelten Ziegelsteine füllen ganze Teile von Aktenordner. Da verschwanden über Nacht 500, 1000, 2000, auch mal 5000 solcher Steine. Die alarmierte Polizei konnte einige dieser Diebereien klären. Erheblichen Streit gab es ab der zweiten Hälfte des Jahres 45 über das Panzersperrenholz. Die Auseinandersetzungen um die rechtmässige oder unrechtmässige Aneignung und Verwendung zog sich über Monate hin<sup>48</sup>.

Schwierig gestalteten sich auch die Materialbeschaffungen für einheimische Handwerker und Unternehmer, selbst wenn sie einen öffentlichen Auftrag erhalten hatten. Da forderte ein Unternehmer die Genehmigung, 15 Sack Zement und 15 Sack Kalk beziehen zu dürfen („als dringendsten Bedarf“, der von der Kommune bestätigt wurde), ein anderer zehn Festmeter Holz oder ein dritter 1200 Dachpfannen. Für unumgänglich notwendige Tiefbauarbeiten musste ein Hydrantenschlauch her, an einer anderen Stelle zehn Zentner Kalk und 300m<sup>2</sup> Dachpappe für eine Schule. Ein Installateur benötigte 16 Klosetts und zwölf Wasserspülungen für die Toilette einer Schule, die wieder in Betrieb genommen werden sollte.

Auch Kitt, Eisenrohre verschiedener Durchmesser, „sechs Scheiben für Schlafzimmerfenster“, zehn Kilo Lack, 20 kg Farben sowie acht Stück Flacheisen, ein Stabeisen und acht Stück Gewindeschrauben wurden erbettelt.<sup>49</sup>

Bedingt durch den geringen Schutz, den man beschädigten Gebäuden angedeihen lassen konnte, erwiesen sich immer mehr Häuser als einsturzgefährdet. Im August 1945 mussten von 54 gefährdeten Bauten nördlich der Linie Köln-Frankfurter Straße, mit Schwerpunkt Ravensbergerweg und Hohenzollernstraße 39 eingerissen werden, im Bereich zwischen Reichsbahn und der Hauptverkehrsverbindung Köln-Frankfurt waren es von 72 insgesamt 18<sup>50</sup>.

## Aktion „Obdach“ gestartet

Während die Trümmerbeseitigung weiter auf vollen Touren lief - die Arbeiten im großen Stil zogen sich bis 1949 hin<sup>51</sup>- versuchte die Gemeindeverwaltung der schlimmsten Wohnungsnot Herr zu werden. Die Troisdorfer mussten weiter zusammenrücken, man tat alles, die nur leicht beschädigten Häuser wieder bewohnbar zu machen und die Gemeinde kaufte außerhalb Baracken an, die wenigstens vorübergehend als Obdach für wohnungslose Bürger dienen sollten. So u. a eine 500 m<sup>2</sup> messende Baracke der Königswinterer Firma Lemmerz<sup>52</sup>.

Nicht mangelnde Hilfsbereitschaft, sondern Mangel an Masse brachte die Gemeindeoberen mal um mal in Verlegenheit. Auf der einen Seite hatten sie dem Diktat der Besatzungsmacht zu entsprechen und die geforderten Kleidungsstü-

46 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 511.  
47 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 1729.

48 Wie Anm. 46.

49 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 1030.

50 Wie Anm. 46.

51 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 607.

52 Wie Anm. 46.

cke und Textilien abzuliefern, die in der „Kleidersammlung“ von jeder Kommune gefordert worden waren. Der Kommandeur der Militärregierung der Nordrhein-Provinz hatte die Kleidersammlung am 29. September 1945 angeordnet und die Leiter der benachrichteten Dienststellen persönlich dafür haftbar gemacht, dass die verlangten Sollzahlen erfüllt wurden. Sie müssten sonst, so drohte der für die Aktion verantwortliche Major Lobban, mit Zwangsmaßnahmen rechnen.

Als sich zumindest für Troisdorf abzeichnete, dass die geforderten 75 Decken, 27 Herrenmäntel, 65 Herrenhemden usw., insgesamt 41 Posten, einschließlich Windeln, Kinderlätzchen, 55 Paar Damenstrümpfe und 73 Schirmmützen so kurzfristig nicht hereinkommen würden, verlängerten die Briten die Ablieferungsfrist bis zum 31. Dezember 1945. Immerhin fehlten in Gesamt-Nordrhein noch 27.846 Decken und neben anderem 20 130 Ski-Kappen<sup>53</sup>. Gerade für die letztgenannte Fehlmenge brachten die Briten kein Verständnis auf, weil es den Deutschen per Dekret verboten war, solche Kappen zu tragen. Die Gemeinde erließ denn auch prompt eine öffentliche Bekanntmachung, in der auf die Sammelaktion für Ski-Mützen aufmerksam gemacht wurde. Im Übrigen bat Dr. Gummersbach die Militärmacht über den Landrat um Nachsicht. Man sei der angeordneten Sammelaktion mit aller Energie nachgekommen, was ja auch die Tatsache beweise, dass man das Soll teilweise zu 100% erfüllt habe. Da, wo das nicht der Fall sei, handele es sich um Sachen, die in der Bevölkerung nur noch für den eigenen dringenden Bedarf vorhanden seien. „Troisdorf ist die am meisten zerstörte Stadt<sup>54</sup> des Siegkreises, wer nicht selbst totalgeschädigt war, hat Verwandten und Bekannten mit seinen Habseeligkeiten, insbesondere mit Kleidung, Wäsche usw. ausgeholfen. Dazu kommen die Jahre der Miss-

wirtschaft und Kriegsmaßnahmen der Naziverbrecher, durch die die Stadtbevölkerung, gerade an den Sachen, deren Soll nur zum Teil erfüllt werden konnte, am unbarmherzigsten betroffen wurde, während die Landbevölkerung größten Teils heute noch besser gestellt ist als früher. Dann ist es kein Geheimnis, dass dort Lebensmittel nur im Austausch gegen Kleidungsstücke und Textilien abgegeben worden sind. Berücksichtigt man, dass Troisdorf bereits an die amerikanische Besatzungsbehörde mehrere hundert Woldecken abgeliefert hat, dass die Bevölkerung durch Kriegsschäden und die damit zusammenhängenden Diebstähle und Plünderungen nur noch das Notwendigste besitzt, dann kann nur noch mehr herausgeholt werden, wenn durch die Militärregierung die Beschagnahme angeordnet wird. Aber auch dann nur mit dem Erfolg, dass man das Letzte nimmt, und damit die einen bekleidet, während man die anderen entbößt....“<sup>55</sup>

Es blieb beim Troisdorfer Sammelergebnis. Die Kleider und Textilien wurden im Cantulia-Werk Siegburg abgeliefert.

## Haushaltsplan ohne Defizit

Die Etatslage in 1945 war - jedenfalls auf dem Papier - fast als normal anzusprechen. Aber der Voranschlag barg einige erhebliche Unsicherheiten in sich. Zunächst gab er sich total ausgereizt, denn für das gesamte Gesundheitswesen standen nur 700 RM im Ansatz. Andererseits war mehr als doppelt so viel Geld im Einzelplan „Bau- und Wohnungswesen“ ausgewiesen. Schwerer wogen dagegen die als „Durchlaufende Zahlung“ ausgewiesenen 120 000.- für Aufräumarbeiten, 200 000.- an Besatzungskosten und je 10 000.- RM

für die Fahrbereitschaft und sonstige durchlaufende Posten, insgesamt also 340 000 RM, die man vom Staat ersetzt zu bekommen hoffte. Da auch für Bürgermeister Dr. Gummersbach dieser Batzen jedoch noch keineswegs als sicher galt, stellte er am 31. Januar 1946 vorsichtshalber schon einmal den Antrag an den Landrat, um einen Staatszuschuss in Höhe von 106.400,- RM für die Schuttreinigungskosten zu erhalten. Troisdorf sei, so Gummersbach, nicht in der Lage, alle Aufräumkosten allein zu tragen, da es erhebliche Schäden an Groß-Industrieanlagen, Kleinbetrieben, Brücken, Straßen, dem Kanalnetz und den Reichsbahnanlagen erlitten habe.

Immerhin schließt der Voranschlag für das Gemeindefinanzwesen mit 1.982 00.- RM in Einnahmen und Ausgaben ab. 1944 hatte sich die Endsumme auf 1.874.100.-RM belaufen. Tatsächlich schloss das Rechnungsjahr 1945/46 mit einem erklecklichen Fehlbetrag ab, wie Oberinspektor Kutzner auf der Gemeinderatssitzung vom 10. Dezember 1946 im Canisiushaus berichtete. Einschließlich des Defizits beim Wasserwerk belief sich der Fehlbetrag auf über 400 000.- RM, den man jedoch abzudecken glaubte, „wenn die rückständigen Einnahmen vom Reich und die laufenden Steuern eingegangen“ seien<sup>55a</sup>.

## Unterhaltung stark gefragt

Obwohl der Kampf ums Überleben, der tägliche Run auf Brot und Heizmittel, alle Kräfte beanspruchte und nicht wenige sich nur mit hart am Rande der Legalität angesiedelten oder gar unrechtmäßigen

<sup>53</sup> Die Schreibweise wechselt mehrfach.

<sup>54</sup> Der Bürgermeister greift hier den Tatsachen etwas voraus.

<sup>55</sup> Wie Anm. 47.

<sup>55a</sup> Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 701, S. 2.

Praktiken zu helfen wussten, zog das erste Unterhaltungsangebot und die erstmalige Teilhabe an einem freien kulturellen Leben die Troisdorfer magisch an. Als das Westdeutsche Landestheater am 6. und 7. Oktober 1945 zu je einer Vorstellung einlud, folgten 600 und 300 Besucher diesem Angebot. Auch die traditionelle Großkirmes, gut fünf Monate nach offiziellem Kriegsschluss, wurde wieder, zwar vorerst im kleinem Rahmen, vom 14. bis 23. Oktober, wie früher, gefeiert. Die Attraktion für viele Kleinkinder stellte ein Karussell dar, das viele erstmals erlebten. Der Schausteller Michael Wucherpfennig aus Roisdorf baute es auf. Zur Kirmes, und zwar am 13. und 14. Oktober, gab das Stadtorchester Siegburg vor insgesamt 701 Zuhörern zwei Konzerte. Am 27. Oktober lockte die Konzertgemeinschaft Frau Wappen 300 Besucher an. Als am 3. und 4. November das Westdeutsche Landestheater erneut gastierte, registrierte die Bühne 600 und 300 Besucher.

Der erste Verein, der die Erlaubnis erhielt, öffentlich aufzutreten, war der MGV „Eintracht“ Friedrich-Wilhelms-Hütte. Er gab ein augenscheinlich vergnügungssteuerfreies Konzert, weshalb über die Zuhörerzahl nichts bekannt ist. Zu den beiden musikalischen Feiern, die das Westdeutsche Landestheater am 24. und 25. November veranstaltete, kamen 400 und 200 Musikfreunde. Am 9. Dezember gab Kurt Ullisch ein Klavierkonzert, das 310 Freunde der Klassik vereinte.

Auch beim vierten Gastspiel des Westdeutschen Landestheaters innerhalb von weniger als zwei Monaten, das inklusive der Wiederholung am 1. und 2. Dezember stattfand, registrierten die Bühnenleute 405 und 276 Gäste. Ähnliche Besucherzahlen erreichte das zu dieser Zeit in Siegburg ansässige Theater mit den Gastspielen am 5. und 6. Januar 1946 und am 2. und 3. Februar. Mit einem Varietéabend

am 24. Februar unterhielt die Bunte Bühne Heinrich Breuer Köln exakt 400 Bühnenfreunde in Troisdorf. Als das Westdeutsche Landestheater am 2. und 3. März mit „Candida“ von Shaw gastierte, sahen sich diese Aufführung 414 und 277 Troisdorfer an.

Die vermutlich erste Karnevals-Sitzung nach dem Kriege führte „Frau W. G. Schneider mit dem Damen-Elferrat der Mannstaedt Siedlung“ am 28. Februar 1946 durch. Den lustigen Wiewern tat es der Spiel- und Sportverein 05 am 3. März mit einem „Karnevals-Treiben mit Tanz“ nach.

In dieser Zeit wird zusätzlich über „laufende Vorstellungen“ in der „Schauburg“ berichtet. Das Kino an der Kölner Straße rechnete für die „Vorführung von Filmstreifen“ einmal 1623 und zum anderen 6763 Eintrittskarten zum Preis von 1.20 RM und 0,90 RM ab. Leider ist aus der Aufstellung nicht ersichtlich, wann der erste Film nach dem Kriege in diesem Traditionshause über die Leinwand flimmerte. Es kann sich beim Abrechnungszeitraum jedoch nur um Wochen in den ersten Monaten des Jahres 1946 handeln, einmal, weil die Steuerberechnung Anfang März 1946 erfolgte, zum anderen, weil später eine weitere für den Abrechnungszeitraum vom 1. bis zum 31. März erfolgte, der zum selben Eintrittspreis einmal 3761 und zum anderen 15512 Karten zu Grunde lag.

Wie sein Bruderverein führte auch der VfB am 2. und 3. März eine geschlossene und eine öffentliche Karnevalsveranstaltung durch, wobei beim öffentlichen Fest 80 Personen registriert wurden.

Es folgten im März ein Solistenkonzert (252 Zuhörer), zwei Varieté-Veranstaltungen mit Heinrich Breuer (410 und 400), am 17. März das erste Nachkriegsauftreten des Männer-Gesang-Vereins Troisdorf mit 400 Besuchern, ein Solokonzert, das der Geigenvirtuose Willy Siebertz aus der Kirchstraße veranstaltete und zu dem 370 zahlende Gäste kamen, wobei Eintrittsprei-

se von drei und vier Reichsmark gefordert wurden. Das Rheinland Theater Köln lockte bei ebenfalls vier Reichsmark Entree an zwei Abenden 700 Troisdorfer in die Vorstellungen.

Bleibt festzuhalten: dass es trotz der Notzeit zwischen dem 6. Oktober 1945 und dem 31. März 1946 mehr als 25 öffentliche Veranstaltungen gab, die 10 177 Troisdorfer anlockte, dazu in einer vermutlich etwas kürzeren Zeit noch etwas über 28 000 Kinobesucher, was dem Gemeindegeldbeutel 15 345 Reichsmark an Vergnügungssteuer einbrachte.<sup>56</sup>

## Zunächst eine bestellte Vertretung

Aus dem „Ausschuss“ war - wie wir schon sahen - am 27. Februar 1946 eine „Gemeindevertretung“ geworden. Sie stellte gegenüber dem Ausschuss sicherlich einen Fortschritt auf dem Wege zur demokratischen Volksrepräsentation dar, aber auch sie war benannt und nicht gewählt worden. Die Briten ließen jedoch schon zu dieser Zeit keinen Zweifel daran, dass die „Gemeindevertretung“ nur als Interimsgremium gedacht war. Sie gaben schon am 8. Februar 1946 die Anordnung heraus, für eine Wahl am 15. September 1946 sofort Wahllisten zusammen zu stellen, maßen deshalb auch dem Störfeuer der Linksparteien gegen die quantitative Zusammensetzung der „Vertretung“ keine weitere Bedeutung bei<sup>57</sup>

Immerhin umfasste das auf Zeit berufene Kommunalparlament 24 Mitglieder, also neun mehr als der Ausschuss. Aber mit 15 Vertretern stellte das Zentrum einen Anteil von 62,5%.

<sup>56</sup> Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 1751; die Angaben sind der Vergnügungssteuerliste für 1945/46 entnommen. Die Besucherzahlen sind identisch mit der Zahl der verkauften Eintrittskarten.

<sup>57</sup> Weitere Einzelheiten bei Grundmann S. 75ff.



*Eine Gruppe der RAF stellte sich vor der Messe dem Fotografen.*

*Reinhard Noerrenberg, Zentrums- und CDU-Politiker, geb. 15. Februar 1895, Bürgermeister von Troisdorf zwischen dem 3. Oktober 1946 und dem 5. November 1948. Der selbständige Kaufmann galt als Knopfspezialist. Er unterhielt einen eigenen Betrieb im Hause Kölner Straße 156. (ARSK-SK-0-343)*

Neben der Bildung von Ausschüssen, auf die nach dem Wunsche der Briten, die weitere politische Arbeit verteilt werden sollte, oblag es dem neuen „Plenum“, die „Verfassung der Gemeinde Troisdorf“ zu verabschieden.<sup>58</sup> Sie wurde zwar schon von den Briten am 1. April 1946 eingeführt, von der „Gemeindevertretung“ aber erst am 9. Mai beschlossen und vom ersten gewählten Gemeinderat mit der Unterschrift von Bürgermeister Noerrenberg am 12. Oktober 1946 bekräftigt und veröffentlicht. Mit dieser Verfassung führten die Briten das duale System anstelle der alleinigen Repräsentanz durch den Bürgermeister ein. Im Paragraphen 2 heißt es: Die Gemeinde Troisdorf erfüllt ihre Aufgaben durch

- a) die Gemeindevertretung
- b) den Bürgermeister
- c) den Gemeindedirektor.

Mit dieser Gliederung machten die deutlich:



*Amandus Hagen, Zementwarenfabrikant, geb. 17. Oktober 1870, gest. 5. August 1957, zwischen 1907 und 1933 mehrmals ehrenamtlicher Beigeordneter der Gemeinde Troisdorf, führte während der Besatzungszeit nach dem Ersten Weltkrieg nach Ausweisung des Bürgermeisters dessen Geschäfte weiter. Hagen, Mitglied der Zentrumsparterie, sprang im Juli 1946 bis zum 3. Oktober erneut als Bürgermeister ein. Der Siegkreis schlug ihm am 18. Juli 1946 offiziell als Bürgermeister vor, am 23. Juli 1946 erfolgte seine Ernennung. Für seine Verdienste ernannte ihn die Kommune zum Ehrenbürger. (ARSK-Sk-0-343)*

der Volksvertretung und ihrem gewählten Vorsitzenden wurde der

absolute Vorrang gegenüber dem Hauptgemeindevorstand eingeräumt. In den §§ 3 bis 12 werden die Rechte der Bürgervertretung und ihre Arbeitsweise, in den §§ 13 bis 16 die des Bürgermeisters näher umrissen.

Mit dieser eindeutigen Festlegung hätte eigentlich die allumfassende Repräsentanz von Bürgermeister Gummersbach sein Ende finden müssen. In der Tat wählte der neue Gemeinderat auf der Sitzung am 3. Mai 1946 den Zentrumsabgeordneten Amandus Hagen zum Bürgermeister und den Sozialdemokraten Josef Kitz zu seinem Stellvertreter. Aber statt des vom Gemeinderat beauftragten Heinrich Kutzner erstattete Dr. Gummersbach Bericht bei der Militärregierung und das augenscheinlich nicht im Sinne der gefassten Ratsbeschlüsse. Schließlich musste ein gesondert bestellter Ausschuss unter Amandus Hagen dem Oberkreisdirektor die wahren Sachverhalte interpretieren. Dr. Gummersbach schied jedoch erst am 15. Juli 1946 aus dem Dienst der Gemeinde<sup>59</sup>. Die Gemeinde schrieb die Stelle des Gemeindedirektors aus, da aber in der Folge keiner der Bewerber nach Ansicht des Gemeinderates die erforderliche Qualifikation besaß, blieb es bis nach der Wahl vom 15. September bei der Vertretung durch Heinrich Kutzner. Erst am 29. Oktober 1946 einigte sich der Gemeinderat auf Matthias Langen, der schon vor 1933 Bürgermeister in Troisdorf gewesen war.

## Schwieriger Wahlkampf

Die Reibereien im „Ausschuss“ und in der ernannten „Gemeindevertretung“ können durchaus als

<sup>58</sup> Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 296; es handelt sich hier um die schon angeführte, „Revidierte Deutsche Gemeindeordnung.“



*Matthias Langen, geb. 24. April 1887 in Frechen, gest. 27. April 1967. Nach Gymnasium, Studium und Besuch der Verwaltungs-Hochschule bis zu seiner Wahl als Bürgermeister von Troisdorf am 18. März 1927 Ratsvorsitzender und Verwaltungschef in Schleiden. In Troisdorf zunächst kommissarisch gewählt, bis er am 17. Mai vollgültig die Nachfolge von Wilhelm Klev antreten konnte, der an diesem Tage in den Ruhestand ging. Die Nazis entfernten Langen aus dem Rathaus, obwohl er am 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten war und setzten den gebürtigen Troisdorfer Josef Reinartz am 9. Juli 1933 als kommissarischen Bürgermeister ein. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die „Zweigleisigkeit“ in der Gemeindeverwaltung eingeführt wurde, wählte der Gemeinderat den Handlungsbevollmächtigten bei der Dynamit AG zum Gemeindedirektor. Dabei spielte die Feststellung „Keine Bedenken“ des Entnazifizierungsausschusses und der Militärregierung eine bedeutsame Rolle. Der häufig als „Vater der Stadterhebung“ apostrophierte Verwaltungschef hätte mit Erreichen des 65. Lebensjahrs am 24. April 1952 aus dem Dienst ausscheiden müssen. Der Stadtrat bemühte sich jedoch in einem umfangreichen Schriftwechsel und abgesichert durch verschiedene Ratsbeschlüsse um eine Verlängerung der Amtszeit um mindestens zwei Jahre, fasste schließlich sogar einen Beschluss, ihn als „ehrenamtlichen Stadtdirektor“ weiter fungieren zu lassen, Vorstellungen, die jedoch auf wenig Gegenliebe beim Regierungspräsidenten und dem Landesinnenminister stießen. Schließlich verfügte der Innenminister als Tag des Ruhestandsbeginns den 30. April 1953. Definitiv ging Langen jedoch erst am 31. Januar 1954 in Pension (ARSK-SK-0-6950)*

Vorgeplänkel zum Wahlkampf im Vorfeld der Kommunalwahl vom 15. September 1946 angesehen werden. Dabei muss man berücksichtigen, dass vieles auf die Parteienvertreter, die Wahlleiter und Wahlhelfer einströmte. Das ging schon mit den Kandidatenlisten los. 1946 herrschte nach dem totalen Zusammenbruch eine ausgesprochene Politik- und Parteienverdrossenheit. Die vier in Troisdorf zugelassenen Parteien Zentrum, KPD, SPD, und CDU - in dieser Reihenfolge öffentlich angeführt - taten sich schwer, alle Kandidatenplätze zu besetzen. Dabei drückten einige Parteioberen schon mal ein Auge zu, was die politische Vergangenheit während der Nazizeit anging. Sie hatten die Rechnung jedoch ohne die Konkurrenz gemacht: Sie nahm jeden einzelnen unter die Lupe und verlangte, sie aus der Vorschlagsliste zu streichen, wenn sie als Block- oder Zellenwart, als Schulungsmann der NSDAP, als Funktionsträger einer Nazi-Organisation gewirkt, oder vor 1933 schon in die Partei, in die SS oder in die SA eingetreten waren. Auch Beamte, die wegen ihrer braunen Vergangenheit aus dem Amt entfernt worden waren oder Manager, deren Vermögen der Beschlagnahme unterlag, wurden nicht geduldet.<sup>60</sup> Der Wahlausschuss hatte mehrmals zu tagen, bis die Listen vorlegungsreif erschienen. Gewählt werden sollten 21 Volksvertreter, davon 15 direkt und sechs über die Reserve-

liste. Auch der eigentliche Wahlkampf gestaltete sich schwierig: Es mangelte an Papier, aber selbst, wenn das beschafft werden konnte, unterlagen beispielsweise Plakate der Genehmigung. Die Gemeinde Troisdorf ließ sie deshalb zentral in der Druckerei der Dynamit AG herstellen. Um „einheitliche“ Plakate in Auftrag geben zu können, mussten rechtzeitig Entwürfe der Parteien oder der einzelnen Kandidaten eingereicht werden, damit sie in ein bestimmtes, vorgegebe-

nes Schema eingepasst werden konnten. Der Kandidat, der auf einer Wahlversammlung reden wollte, hatte diese Veranstaltung 48 Stunden zuvor der Militärregierung anzuzeigen.

Die Wahlen selbst, so glaubte man wenigstens im Rathaus, schienen für die des Wählens ungewohnten Troisdorfer kompliziert. Das System stellte eine Kombination von direkter Mehrheitswahl und Verhältniswahl dar. Der Troisdorfer Wahlleiter animierte in Sorge, die Troisdorfer Wahlberechtigten machten ihre Kreuzchen an der falschen Stelle oder strichen zu viele oder zu wenige Kreise an, die Volksstimme, die Rheinische Zeitung, die Kölnische Rundschau und den Amtlichen Anzeiger, also die vier im Troisdorfer Raum erschienenen Lokalzeitungen, über die Technik der Stimmabgabe zu berichten, „weil noch viele in Unkenntnis leben.“ Sie sollten besonders herausstreichen, dass in den Stimmbezirken A bis E je fünf Kreuze zu machen seien, im Stimmbezirk F jedoch nur drei. Sie sollten auch, so der Wahlleiter, festhalten, dass es sich um keine Parteienwahl nach dem bisherigen Wahlsystem handele, sondern dass nunmehr Personen gewählt würden und diese dann erst, aufgrund ihrer Parteienzugehörigkeit der jeweils infrage kommenden Partei ihre Plus- oder Minusstimmen abgäben.

Der Wahlleiter untermauerte seine Bitte an die Redaktionen mit der Feststellung, es habe keine amtliche Anzeige vorgenommen werden können.<sup>61</sup>

Das entsprach nicht ganz den Tatsachen; denn die Briten hatten nach Erlass der Verordnung zur Wahl diese öffentlich aushängen lassen und so die Bevölkerung über die Wahlmodalitäten informiert.

Immerhin muss man dem Wahlleiter insoweit Recht geben, dass von

59 Wie Anm. 4, S. 78.

60 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 1322.  
61 Ebenda.

einer umfassenden Aufklärung zur Kommunalwahl keine Rede sein konnte. Das mag nicht zuletzt an der mangelnden technischen Ausstattung gelegen haben. So wie die Parteien und die meisten Kandidaten verfügte auch die Gemeindeverwaltung nicht über die notwendige Ausstattung an Bürounterschieden. Am 13. Juni 1946 hatte der Troisdorfer Bürgermeister einen Brandbrief an den Oberkreisdirektor gerichtet und erläutert, die Verwaltung habe mehrfach Schreibmaschinen an die Militärverwaltung abgeben müssen. Dadurch sei ein akuter Mangel entstanden. Die einzelnen Abteilungen tauschten deshalb die verschiedenen Schreibgeräte untereinander aus, wodurch aber viel Leerlauf entstände. In einem späteren Brief vom 22. November 1946 beklagte der Bürgermeister beim Oberkreisdirektor: Die Verwaltung besitze nur 14 Schreibmaschinen, wovon zwei bis drei ständig in Reparatur seien und 50% des Bestandes so alt wäre, das sie ständig Reparaturen unterworfen werden müssten. Der Bürgermeister bat um Erlaubnis, nach dem Reichsleistungsgesetz vom 1. September 1939 aktiv werden, d. h. bei Firmen und Privatleuten vorübergehend beschlagnahmen zu dürfen. Das erschien insofern einfach, als der Verwaltung eine Liste der Schreib-, Rechen- und Buchungsmaschinen vorlag, die in der Troisdorfer Industrie, in Gewerbe und Handel sowie von Privat benutzt wurden. Die Liste hatte die Kommune auf Anordnung des Headquarters Military Government am 7. Dezember 1945 zusammenstellen müssen. „Die Maschinen sind von nun an als Eigentum der Vereinten Nationen zu behandeln und ohne Zustimmung der Militärregierung nicht zu entfernen,“ hieß es da.<sup>62</sup> Um auf einige dieser Maschinen einen Zugriff zu haben, musste ein altes Nazigesetz erhalten, das für diesen Fall auch 1946 noch galt.

## Erste freie Nachkriegswahl

Als der Wahltag näher rückte, verfügten die Briten ein Verbot für alle öffentlichen Veranstaltungen am 15. September, einschließlich aller Sportwettbewerbe. Für die Nacht zum 16. September hoben sie die noch immer geltende Ausgangssperre auf, damit die Wahlergebnisse per Kurier zu den Sammelstellen gebracht werden konnten. Bürgermeister Amandus Hagen forderten die Briten schriftlich auf, sein Mandat am Vortag der Wahl nieder zu legen. Das Gleiche galt für alle ernannten Volksvertreter. Den Wahlhelfern gestanden die Militärs eine Zusatzration an Lebensmittelkarten zu. Sie erhielten Marken für 600 g Brot, 60 g Butter und 100 g Fleisch. Weitere Fleischmarken im Bezugswert von 20 g behielt die Behörde ein. Die Gesamtrestmenge übergab sie der Volksküche Bove, die das so erworbene Fleisch in eine Suppe einarbeiten sollte.<sup>63</sup>

Den anerkannten Kandidaten stellte die Militärbehörde eine „Eintrittskarte“ aus, die sie berechnigte, im betreffenden Wahllokal beim Auszählvorgang als Beobachter teilzunehmen.

Obwohl sie in Troisdorf als jüngste der vier Parteien galt, konnte sich am Abend des 15. September 1946 die CDU als eigentlicher Wahlsieger betrachten. Die neugegründete Partei - die drei anderen hatten ihre Wurzeln in den Jahrzehnten vor 1933, ja bis vor die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert - schaffte auf Anhieb 37,7 Prozent. Auf dem zweiten Platz folgte die Zentrumspartei mit 31,1 Prozent, dann die SPD mit 25 und die KPD mit 6,2 Prozent. Die endgültige Verteilung der 21 Sitze im neuen Parlament sah so aus: Die CDU erhielt elf, das Zentrum 6, die SPD drei und die KPD einen. Die CDU unterstrich ihre Mehrheit durch ihr Übergewicht bei der Direktwahl:

Von 15 Stimmbezirken holte sie allein zehn<sup>64</sup>.

Vergleicht man die Prozentsätze der abgegebenen Stimmen und die der errungenen Sitze, ergibt sich klar, dass dieses gemischte Wahlsystem die Siegerpartei eindeutig bevorzugte, weshalb sich vor allem bei den unterlegenen Linksparteien breiter Unmut über diesen Wahlmodus bemerkbar machte. Noch bevor es zur konstituierenden Sitzung des ersten gewählten Gemeinderates der Nachkriegszeit kam, baten Dr. Wilhelm Hamacher und Agnes Klein, Sozialdemokratin und einzige Frau im neuen Rat, die Militärbehörden, ihre Mandate niederlegen zu dürfen. Über die Beweggründe von Agnes Klein, die später viele Jahre noch sehr aktiv in das kommunalpolitische Geschehen eingreifen sollte, lässt sich aus den Akten nichts Näheres erschließen. Für Hamachers Verzichtserklärung geben die Unterlagen in seinem Nachlass eine Reihe von Argumenten her.<sup>65</sup> Insgesamt gesehen dürfte die Rückgabe des Mandats so unmittelbar nach der Wahl auf sehr begründete persönliche Ursachen zurück zu führen sein. Hamacher befand sich seit Sommer 1946 - wenn man das Jahr zuvor nicht schon unter ähnlichen Aspekten betrachtet - in einer permanent tobenden Abwehrschlacht als Deutscher Zentrumsvorsitzender gegenüber dem von vielen Seiten geführten Umklammerungsgriff durch CDU-freundliche Politiker, meist ehemalige politische Weggefährten Hamachers, die aber die mit dem Zentrum konkurrierende Neugründung für vernünftiger hielten. Sogar der katholische Klerus hatte sich unter Federführung von Kardinal Frings vom Zentrum abgewandt und Hamacher gebeten, in allen Orten, wo die CDU bereits Fuß gefasst

62 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 424.

63 Wie Anm. 60.

64 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 1323.

65 Siehe dazu Ossendorf, Karlheinz, Wilhelm Hamachers Ringen um das neue Zentrum, in: TJH XIII/1983, S. 105-119, hier vor allem S. 114ff.

habe, Ortsparteigründungen des Zentrums zu unterlassen und zu „einer Einigung oder wenigstens zu einem festen Bündnis mit der CDU zu gelangen.“

Das Wahlergebnis in Troisdorf hatte all jenen Recht gegeben (siehe Auseinandersetzung Hamachers mit dem Siegburger Politiker Matthias Henseler), die vor einem Alleingang der politisch orientierten Katholiken unter weitgehendem Ausschluss von Protestanten gewarnt hatten. Was Hamacher wohl kaum für möglich halten sollte, war Fakt geworden: Die CDU stellte allen Traditionen zum Trotz die stärkste politische Kraft in Troisdorf dar. Das Wahlergebnis musste dem gestandenen Politiker auch klarmachen, dass man bei Bündelung der gesamten einschlägigen politischen Potenz eine absolute Mehrheit der Stimmen hätte erreichen können.

Zum nur in Andeutungen geschilderten kräftezehrenden politischen Kampf, der im Endeffekt um Sein oder Nichtsein ging, kam eine stark angeschlagene Gesundheit, die von politischen Freunden im äußeren Erscheinungsbild Hamachers konstatiert wurde. Da ist die schriftlich erhaltene Feststellung des Wuppertal-Elberfelder Apothekers Herbert Lenz vom 18. August 1946 bemerkenswert, in der es heißt: „Als ich Sie, verehrter Herr Doktor, am heutigen Tage wiedersah, konnte ich meinen erschreckten Eindruck nur mit den Worten zum Ausdruck bringen: „So richten die gegenwärtigen Verhältnisse einen Idealisten zu Grunde.“ Auch Prälat Böhler bestätigte am 4. Oktober 1946 in einem Brief an Adenauer: „Herr Dr. Hamacher ist körperlich sehr herunter. Der Arzt hat angina pectoris festgestellt. Es wird noch Wochen dauern, bis er wieder arbeitsfähig ist. Auf seinen Zustand muss man im Augenblick unbedingt Rücksicht nehmen.“

Mit diesen Hinweisen dürfte hinreichend erklärt sein, warum Hamacher Mandatsverzicht leistete. An seine Stelle rückte Kaspar Hilger

nach und für Agnes Klein belegte Otto Heinen einen Ratssessel. Die konstituierende Sitzung des Troisdorfer Gemeinderates fand am 3. Oktober 1946 im Canisushaus statt. Zum neuen Bürgermeister wählte das Plenum Reinhard Noerrenberg und zu seinem Stellvertreter Josef Nöfer, beide CDU.<sup>66</sup>

In Sieglar errang das Zentrum bei der Wahl vom 15. September die absolute Mehrheit. Sie stellte deshalb auch in Peter Ollig den Bürgermeister. Er wurde offiziell unter Leitung des amtierenden Bürgermeisters Heuser und in Anwesenheit des britischen Militärgouverneurs Major Collings, des Landrates und des Oberkreisdirektors im Sitzungssaal des Sieglarer Rathauses gewählt. Auf ihn entfielen elf Jastimmen, bei je fünf Neinstimmen und Enthaltungen.<sup>67</sup>

## Ein Jahr Amtszeit für Bürgermeister

Der erste frei gewählte Troisdorfer Gemeinderat nach dem Zusammenbruch wählte Reinhard Noerrenberg - wie aufgezeigt - zum Bürgermeister. Er blieb bis zum 5. November 1948 im Amt. Wie schwer man sich mit der Handhabung der Gemeindeordnung in der Praxis tat, ergab sich, als die auf ein Jahr beschränkte Amtsdauer des Bürgermeisters abgelaufen war. Der Oberkreisdirektor ließ am 12. September 1947 die Hauptgemeindefunktionäre in seinem Amtsbereich wissen, dass der Landesinnenminister bisher keine Entscheidung gefällt habe, wie man nach dem angeordneten „Verfallsdatum“ vorzugehen habe, riet jedoch zum Abwarten.<sup>68</sup>

Am 9. Dezember 1947 wurde dann durch Landesgesetz in Abänderung des § 45, Abs. 1 der Deutschen Gemeindeordnung die Amtsdauer „bis zur Gesamtneuwahl der Vertretungskörperschaft verlängert.“



*Dr. Wilhelm Hamacher, geb. 11. Oktober 1883 in Troisdorf, gest. am 29. Juli 1951 in Bonn, fünfter Sohn des Landwirtes Matthias Hamacher und seiner Ehefrau Katharina geb. Schüthuth. Nach dem Abitur am Siegburger Gymnasium Studium der klassischen Philologie in München und Bonn, Aktiver der KSTV Aenania München, Leutnant im Ersten Weltkrieg, Lehrer am Gymnasium in der Kreuzgasse in Köln, ab 1920 Generalsekretär der Rheinischen Zentrumsparterie, von 1926 bis 1933 Vertreter der Rheinprovinz im Reichsrat, bis 45 dann am Knaben-Gymnasium Köln-Deutz, Oberstudiendirektor in Siegburg, Wiederbegründer des Zentrums, ihr erster Vorsitzender. Ministerpräsident Dr. Amelunxen berief ihn als Kultusminister in das erste Kabinett des Landes Nordrhein-Westfalen. Am 14. August 1949 zog er als Zentrumsabgeordneter in den ersten Deutschen Bundestag ein. Hamacher wirkte im Gemeinderat und Kreistag, wurde am 5. November 1948 zum Bürgermeister gewählt, ein Amt, das er bis zu seinem Tode bekleidete.*

Die Militärregierung genehmigte das Gesetz, wie der Regierungspräsident am 12. Februar 1948 in einem Rundschreiben wissen ließ.

66 Wie Anm. 4, S. 93.

67 Wie Anm. 12, S. 267

68 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 2571

Eine Entscheidung über die endgültige Amtsperiode des Bürgermeisters war damit jedoch nicht gefallen. Am 10. Oktober 1948 ließ der Innenminister über den Regierungspräsidenten den Kreis wissen, dass „über die zukünftige Amtsdauer der neugewählten Bürgermeister zu gegebener Zeit eine Entscheidung getroffen“ wird. Da die „rev. DGO am 1. April 1946 in Kraft getreten ist, kann die Wahlperiode des Bürgermeisters im Sinne des § 45, Abs. 3 Satz 2 der rev. DGO auch erst von diesem Termin ab laufen, sodass vor dem 31. März 1949 eine dreijährige Bürgermeisterwahlzeit nicht abgelaufen sein kann.“

Diese Aussage unterstrich der Innenminister mit Schreiben vom 21. Oktober 1948 nochmals, in dem er feststellte, dass die „interrimistischen Bürgermeister uneingeschränkt die Rechte und Pflichten eines verfassungsmässig gewählten Bürgermeisters“ haben.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 5. November 1948 - er tagte diesmal im Zimmer 10 der Burg Wissem - wählte die Vertretungskörperschaft der Gemeinde Troisdorf Dr. Wilhelm Hamacher zum neuen Bürgermeister und Josef Kitz zu seinem Stellvertreter. Ungeklärt blieb dabei zunächst, wie lange der Bürgermeister jeweils im Amt bleiben durfte. Das regelte erst ein Änderungsgesetz in Ergänzung der revidierten DGO vom 1. April 1946, das am 11. Oktober 1949 in Kraft trat. Danach betrug die Amtsdauer ein Jahr und zwar beginnend mit dem 17. Oktober 1948. Die Wahl des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter mussten jeweils in der ersten Ratssitzung nach diesem 17. Oktober eines jeden Jahres erfolgen.

Das geschah im Falle Hamachers am 19. Dezember 1949, wobei auf den inzwischen in den Deutschen Bundestag gewählten Zentrumsvertreter 17 Jastimmen bei zwei Enthaltungen, auf seinen Stellvertreter, den Sozialprokuristen Josef Kitz, zwölf Jastimmen entfielen.



*Josef Kitz, SPD-Mitglied, geb. 26. Dezember 1894 in Köln-Deutz, erlernte nach dem Besuch der Volksschule das Dreherhandwerk, übernahm beim Tode Hamachers als Interims-Bürgermeister ab 29. Juli 1951 die Amtsgeschäfte bis zu seiner Wahl am 14. November 1951. Der Handwerker, den die rund 1000 Arbeitnehmer zum Betriebsratsvorsitzenden der inzwischen entflochtenen Klöckner-Werke kürten, wurde zum Sozialprokuristen und Leiter der Sozialabteilung der Klöckner-Mannstaedt-Werke und zum Arbeitsdirektor ernannt. Er betrieb die Stadterhebung als Ratsvorsitzender und konnte 1952 aus der Hand von Regierungspräsident Dr. Warsch die Ernennungsurkunde entgegennehmen. Am 6. November 1956 wählte der Gemeinderat ihn erneut für zwei Jahre zum Bürgermeister (vgl. ARSK-SK-0-343).*

Hamacher blieb bis zu seinem Tode am 29. Juli 1951 im Amt. Interrimistisch vertrat ihn danach Josef Kitz, der am 14. November 1951 in geheimer Abstimmung zum neuen Ratsvorsitzenden und der Kaufmann Josef Hein zu seinem Stellvertreter gewählt wurde.<sup>69</sup> Beide erhielten jeweils zehn Stimmen, der für beide Ämter ebenfalls kandidierende Oberingenieur Bruno Heimansberg unterlag mit je neun Stimmen.

Am 21. November 1952 sprach

sich der Gemeinderat mit 15 gegen neun Stimmen für den Vorarbeiter Franz Rödder als neuem Bürgermeister und mit 16 Stimmen für Bruno Heimansberg als seinem Stellvertreter aus. Gleichzeitig wählte der Rat Karl Hein zum zweiten Stellvertreter.

Mit dieser Abfolge der Bürgermeister von Troisdorf haben wir den Anschluss an die oben schon angeführte „Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen“, die am 10. November 1952 in Kraft trat, geschafft.

Nach langer, sehr kontrovers geführter Diskussion übernahm das Land das britische Prinzip in die neue GO. Da dieses System grundsätzlich auch in den übrigen Ländern der ehemaligen britischen Besatzungszone galt, sprach man auch von der Norddeutschen Ratsverfassung. Es blieb also im wesentlichen bei den Regelungen der Rev. DGO. Danach wurde die Verwaltung der Gemeinde ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt, die durch den Rat vertreten wurde. (§ 27 GO NW). Diesen Fundamentalsatz erklärte der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 1954 als unzutreffend.<sup>70</sup>

Auch der Gemeindedirektor habe eine echte Organfunktion, judizierte das höchste Gericht des Landes und wertete damit die Stellung des Verwaltungschefs erheblich auf. Darüber hinaus wich auch in vielen anderen Bereichen die Verfassungswirklichkeit von der Intention des britischen Vorbildes ab. Die Wahlzeit des ursprünglich für ein Jahr bestellten Bürgermeisters wurde schnell auf zwei, dann auf vier und schließlich auf die Wahlperiode des Rates von fünf Jahren verlängert. Die jeweils siegreiche Partei stellte den Bürgermeister, also den Parteifreund(in), der (die) sie auch in den Wahlkampf geführt hatte,

<sup>69</sup> A. a. O., der mit Datum vom 24. 1. 1952 beglaubigte Auszug aus dem Protokollbuch der Gemeindevertretung von Troisdorf trägt mit dem 14.11.1952 eine falsche Jahreszahl. Es muss richtig 1951 heißen.

<sup>70</sup> OVG 9, 34.



*Franz Rödder, CDU-Mitglied, am 21. November 1952 als Nachfolger von Josef Kitz für zwei Jahre zum Bürgermeister von Troisdorf gewählt.*

aber lebensnotwendiger Notstandsmaßnahmen herumschlagen, wobei die heute kaum noch nachvollziehbaren Verhältnisse die Grenzmarkierungen setzten, über die der beste und festeste politische Wille nicht hinweghalf. Einige exemplarisch ausgesuchte Probleme mögen aufzeigen, worum es ging.

Am 10. Dezember 1946 nahm der Gemeinderat zur Kenntnis, dass im Zuge der „Brennholzaktion für die kalte Jahreszeit 1946/47“ insgesamt noch „1100 Rmtr. gefälltes Holz in den Wäldern der Ämter Ruppichteroth, Neunkirchen und Wahlscheid auf den Abtransport nach Troisdorf warteten,“ der jedoch nicht erfolgen könne, weil das Herausschleifen aus den gebirgigen Waldungen bis hin zu befahrbaren Straßen auf größte Schwierigkeiten stoße. Die Unternehmer und Landwirte, die in diesen Gebieten in Frage kämen, forderten von der Gemeinde Hafer für die Pferde, Arbeitsschuhe und dergleichen Ausrüstungsstücke für das Personal, eine Entlohnung in Sachwerten, also, der die Gemeinde nicht entsprechen konnte, heißt es in einem Verwaltungsbericht zur Lage.

Die Verwaltung versprach dennoch alles zu tun, damit das unbedingt benötigte Holz nach Troisdorf gebracht werden konnte.<sup>71</sup>

Unabhängig von diesen Bemühungen betrieb die Kommune Kulturarbeiten „In der Dreis“. In diesem 46 Morgen großen, an der Peripherie gelegenen Gebiet sollten von drei Fachfirmen Stubben gesprengt und das so gewonnene Holz als Brennmaterial freigegeben werden. Das gewonnene bebaubare Land hoffte die Gemeinde an die Landwirte zur Frühjahrsbestellung 1947 abgeben zu können.

Daraus wurde jedoch zunächst nichts, denn noch im Juni 1947 waren die Arbeiten nicht abgeschlossen und die Pachtverträge mit drei Troisdorfer Landwirten noch nicht unter Dach und Fach. Dennoch gelang es der Gemeindeverwaltung, das über Bezugs-scheine versprochene Brennholz-

kontingent auch für das Winterhalbjahr 1947/48 zu decken, womit allerdings lediglich die gravierendsten Notstände beseitigt werden konnten.

Auf ihrer Sitzung am 23. Juni 1947 berieten die Gemeindepolitiker, bedrängt durch die beweiskräftig vorgetragenen Klagen der örtlichen Bauern, Maßnahmen zum Schutze der Ernte. Die Diebstähle, bedingt durch eine verschärfte Ernährungsnotlage, hatten in einem Maße zugenommen, dass der Ernteertrag insgesamt gefährdet erschien. Vorgeschlagen wurde, acht bis zehn Feldhüter einzustellen und die Feldwege während der Aussaat- und der Erntezeit für Spaziergänger zu sperren.

In der Juli-Sitzung des Rates wurde die Sperre auch beschlossen, die Einstellung der Feldhüter aber abgelehnt, obwohl die Bauern für jeden Feldhüter pro Woche ein Brot und einen Liter Milch zusagten, die jedoch auf das zahlbare Entgelt angerechnet werden sollten. Knackpunkt schienen die 3000 RM Lohn pro Monat gewesen zu sein.

Schließlich muss die Gemeinde eine Einigung mit der Ortsbauernschaft erzielt haben, obwohl das aus den Ratsakten nicht direkt hervorgeht. Aber in der Ratssitzung vom 15. Juni 1948 bat die Ortsbauernschaft Troisdorf erneut, Maßnahmen zum Schutze der Aussaat und zur Sicherung der Ernte zu ergreifen, „wie sie sich in den verflossenen Jahren bewährt haben.“ Dieses Zitat lässt die Schlussfolgerung zu, dass es in der Tat zum zusätzlichen Einsatz von Feld- und Flurhütern gekommen sein muss.

Der Gemeinderat kam auch 1948 dem Wunsche der Landwirte nach einem außerordentlichen Feldschutz nach. Er solle jedoch zunächst nur bis zur erwarteten Währungsreform eingeführt werden. Danach wolle man erneut beraten. Dazu beizutragen, die aufgestauten kulturellen und Unterhaltungsbedürfnisse der Bürgerschaft de-

<sup>71</sup> Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 701.

notfalls auch für mehrere Wahlperioden.

Auch der Fraktionschef der Mehrheitsfraktion erarbeitete sich häufig ein eigenes Profil und schuf sich Einfluss bis weit in die Verwaltung hinein. Die Folge: Der Zeitaufwand für Bürgermeister und die Fraktionschefs stieg, was die politische Arbeit im Rat anging, erheblich an, insbesondere nach der Gebietsreform.

## Stubben als Brennholz

Die komprimierte Zusammenfassung der personellen Veränderungen an der Gemeindegipfel, die mit recht unterschiedlichen Wahlergebnissen zustande kamen, mag den Eindruck aufkommen lassen, dass in diesen Aufbruchjahren Geschäftsordnungsverfahren im Vordergrund der Polit-Arbeit gestanden haben. Tatsache ist jedoch: der Rat unterlag einmal in erheblichem Maße den Weisungen der Militärregierung und später des Landes, denen er termingerecht nachzukommen hatte, musste sich auf der anderen Seite aber mit einer Fülle zeitraubender,



*Die provisorisch wiederhergestellte Eisenbahnbrücke über die Agger, an der, bezahlt von den interessierten Nachbarkommunen Siegburg und Troisdorf, der im Kriege zerstörte Fußgängerweg befestigt wurde.*

cken zu helfen, hatte der Gemeinderat nichts unversucht gelassen, wie an anderer Stelle aufgezeigt wurde. Als aber eine Gruppe von Schaustellern an die Kommune mit der Bitte herantrat, die Herbstkirmes auf eine Woche auszuweiten, lehnte der Rat mit Hinweis auf die „gegenwärtige ernste Ernährungs- und Wirtschaftslage“ ab, obwohl die Karussell- und Budenbesitzer eine Vergnügungssteuer in Höhe von 3500 RM anboten.

Am 13. Juni 1947 konnte das Sport- und Freibad an der Agger wieder eröffnet werden. Es wurde in der Folgezeit wiederholt von den Belgiern beschlagnahmt und nur für Stunden oder Tage für die Zivilbevölkerung freigegeben.

Das St. Josef-Krankenhaus hatte nach In-standsetzungs- und Ausbesserungsarbeiten schon 1946 seinen Betrieb wieder aufgenommen und auch die Schulen arbeiteten seit 1946 wieder. Erst am 25. März 1948 war die direkte Straßenverbindung nach Siegburg wieder hergestellt, d. h. die Aggerbrücke wieder voll, auch für den Zivilverkehr nutzbar. Damit war auch das Schilderhäuschen (80x80x200 cm), das im Februar 1946 an der

schon Monate zuvor wiederhergestellten Zufahrtsrampe aufgestellt worden war, überflüssig geworden.<sup>72</sup>

## Siegburg und Troisdorf bauen Steg

Wie sehr Kompetenzgerangel und Materialknappheit unbedingt notwendige und allseits anerkannte Erneuerungsarbeiten erschwerten, sei am Beispiel des Fußgängersteges über die Agger im Zuge der Eisenbahnbrücke der Strecke Troisdorf-Gießen dargestellt. Der vielbenutzte Übergang, in diesem Bereich die einzige direkte Verbindung zwischen Siegburg und Troisdorf, bzw. Friedrich-Wilhelms-Hütte, stand in der Vorkriegs- und Kriegszeit in der Unterhaltungspflicht der Reichsbahn. Warum und seit wann, das war nach dem Kriege nicht mehr zu ermitteln. Die Bahn erklärte sich 1946 für den Fußgängerüberweg nicht als zuständig. Sie betreibe die Gleisanlagen und damit sei sie reichlich ausgelastet. Für weitere Aktivitäten bleibe da kein Raum.

An dieser Haltung änderte auch das Vorpreschen der Troisdorfer Gemeindeverwaltung am 18. Juni 1948 nichts. Über den Kreis ließ die Kommune die Reichsbahn wissen, dass der Steg unbedingt wieder

hergestellt werden müsse, weil er bis zur Sprengung täglich von Hunderten Fußgängern und Radfahrern benutzt worden sei. Auch jetzt könnten vor allem die auf dem linken Aggerufer wohnenden Arbeiter von Klöckner-Mannstaedt auf die kurze Verbindung nicht verzichten. Sie benutzten deshalb bei Tag und Nacht den eingleisigen Schienenstrang und setzten sich damit erheblichen Gefahren aus.

Der Kreis schlug am 4. November 1946 nach einem erneuten ablehnenden Votum der Bahn vor, einen separaten Fußgängersteg in 1,20 bis 1,40 m Breite herzurichten, wobei sich die beiden Nachbarkommunen Siegburg und Troisdorf die Kosten teilen sollten. Wenige Tage später unterbreitete die Kreisverwaltung den grundsätzlich zur Kostenübernahme bereiten Kommunen den Vorschlag, den Steg von der Eisenbahnbrücke weg auf die etwas unterhalb der Bahnbrücke in der Agger stehenden alten Pfeiler zu setzen, eine Idee, die schließlich doch nicht realisiert wurde. Nachdem der Kreis Ende November nochmals angemahnt hatte, in Sachen Aggersteg endlich aktiv zu werden, einigten sich im Dezember Siegburg und Troisdorf, die Kosten zu jeweils 50 Prozent zu übernehmen. In weiteren Verhandlungen mussten die Unterhaltsfragen geklärt und die Materialgutscheine für die Stahlkonstruktion und den Holzbelag beschafft werden. Im Sommer 1947 stand der Steg endlich. Er wurde verständlicherweise zügig angenommen, obwohl die Gebrauchsabnahme wegen festgestellter Mängel an den Zugängen auf sich warten ließ.

Als die Bahn 1953 das zweite Gleis über die Brücke legte, musste der Steg demontiert und für wenige Monate durch einen von der Bahn angebrachten Notübergang ersetzt werden<sup>73</sup>.

<sup>72</sup> Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 511.

<sup>73</sup> Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 2766.

# Über Nacht arm geworden

Jeder wusste, dass sie kommen musste und die meisten Troisdorfer ahnten auch den ungefähren Zeitpunkt, aber das genaue Datum für die Währungsreform blieb unbekannt. Der gesamte, im Vorfeld der Umstellung geführte Schriftverkehr zwischen der Behördenhierarchie, vom gemeinsamen Erlass des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, des Finanz-, des Innen-, des Verkehrs- und des Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom Juni (als Datum trägt das Schriftstück nur den Monatsnamen) 1948 bis zu den erläuternden Schreiben vom Kreis an die Kommunen lief alles unter „vertraulich“. Aber die zunehmende Dichte der Anweisungen mit konkreten und detaillierten Vorschriften, wie der Umtausch des alten in das neue Geld sich zu vollziehen hatte, signalisiertem jedem, der zu lesen vermochte, einen frühen Sommertermin, und als am 12. Juni 1948 die Anordnung folgte, wie das Kopfgeld ausgezahlt werden sollte, war klar, dass der große Schnitt im Juni erfolgen würde.<sup>74</sup> Wir sahen schon, dass der Gemeinderat die zum Schutz der Ernte beschlossenen Maßnahmen ausdrücklich bis zum Währungsumstellungstermin begrenzt hatte, man in Politikerkreisen also das baldige Ende der Reichsmarkzeit kommen sah und auch die Manager der Troisdorfer Großindustrie mussten über den bevorstehenden Tag X informiert gewesen sein, denn wie sonst sollte sich die Tatsache erklären, dass ein großes Troisdorfer Werk wenige Tage vor dem 20. Juni 1948 vier Millionen Reichsmark an die Gemeindekasse überwies mit dem ausdrücklichen Hinweis, dieses Geld solle auf fällige und künftige Grund- und Gewerbesteuerpflichtungen angerechnet werden. Dabei war

für das Troisdorfer Gemeindepäckchen nur ein Bruchteil dieser stattlichen Summe gedacht. Der überwiegende Teil hatte andere Behörden als Adressat. Da man im zahlenden Industrieunternehmen jedoch argwöhnte, die Überweisungen an auswärtigen Dienststellen kämen nicht mehr rechtzeitig an, schickte man die Gesamtsumme kurzerhand an das nächst greifbare Amt, also die Gemeindekasse, hoffend, dass man damit seiner Zahlungsverpflichtungen auf elegante Art entkommen sei. Der Troisdorfer Kämmerer konnte nur 600 000 RM an die Aufsichtsbehörde weiterleiten, der Rest ging wenig später im dritten Währungsgesetz unter.<sup>75</sup>

Das galt auch für die übrigen Barreserven der Gemeinde. „Wir sind restlos arm geworden,“ klagte Gemeindedirektor Matthias Langen unmittelbar nach der Währungsreform dem Journalisten der Westdeutschen Rundschau. Troisdorf, das einmal als eine der reichsten Kommunen des Siegbundes gegolten habe und das auch bis zuletzt dank einer klugen und sparsamen Haushaltspolitik über einen guten Kontenstand und ansehnliche Rücklagen habe verfügen können, sei über Nacht arm wie eine Kirchenmaus geworden: Jede Reservebank sei dahin. Man müsse jetzt bei Null beginnen.

An anderer Stelle bezeichnete Langen die Währungsreform als tödlichen Schlag gegen das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde. In der Tat rückten durch die Abwertung der Rücklagen einige geplante Großprojekte in weite Ferne. Darunter befand sich der Bau einer Realschule,<sup>76</sup> eines Volksbades und einer kombinierten Konzert- und Turnhalle.<sup>77</sup>

Was sich für die Gemeinde als ebenso einschneidend erweisen könnte, so glaubte man jedenfalls Ende Juni 1948, hätte der Verlust der Stiftungen dargestellt, die nach dem Wortlaut des Gesetzes restlos annulliert werden sollten. Das galt u. a. für die Bürgermeister-

Klev-Stiftung, einem Wohlfahrtsfonds, aus dem die Gemeinde bei besonderen Notständen Beihilfen zahlen konnte, ohne an die engen Grenzen der Wohlfahrtsunterstützung gebunden zu sein.<sup>78</sup>

Als ebenso betroffen glaubte man die Bürgermeister-Spilles-Jubiläumstiftung, die Emil-Müller-Stiftung und die Freiherr-von-Loé-Stiftung. Später erreichte die Gemeinde durch Intervention beim Finanzamt, dass ein Teil der Stiftungen und andere Konten doch aufgewertet wurden.

Als Gemeindegammler Heinrich Kutzner dem Gemeinderat am 10. August 1948 erstmals einen Bericht zur Finanzlage der Kommune erstattete, musste er den Verlust des gesamten Barbestandes, der Sparsbücher, die von Privatpersonen als Sicherheit für ausstehende Zahlungen im gemeindlichen Kassentresor angehäuft lagerten und der Rücklagen für die verschiedensten in Aussicht genommenen Projekte, wie Rathausneubau, Anlage eines Sportplatzes, Einrichtung eines Kindergartens und Erweiterung der Berufsschule sowie des gemeindeeigenen Postgebäudes eingestehen. Das gesamte Kassenvermögen belief sich, so Kutzner, auf etwas

74 Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 1235.

75 Vgl. Westdeutsche Rundschau v. 3. Juli 1948. (Alle Hinweise auf Presseartikel sind der Sammlung des Archivs der Stadt Troisdorf entnommen.)

76 1939 als Mittelschule gegründet, hospitierte das weiterführende Institut im Gebäude der Schule Viktoriastraße, nach dem Kriege in der Schule Blücherstraße, der Berufsschule Am Hofweiher, wieder im Gebäude an der Viktoriastraße und nach der Umwandlung in eine Realschule (1.4.1947) ab 26. August 1949 in der Villa Mannstaedt im Prinzenwäldchen.

77 Schon ab dem 19. April 1937 betrieb die Gemeinde Troisdorf die Vorplanung für eine Turnhalle, die auch als Konzertsaal genutzt werden sollte. Man hatte ein Gelände im Bereich der Burg Wissem im Auge und dachte mit dem Konzertsaal, der 2-3000 Personen Platz bieten konnte, dem Werkchor der Dynamit AG eine Demonstrations- und Heimstätte verschaffen zu können. 1964 beauftragte die Stadt den Kölner Architekten Joachim Schürmann, die alten Pläne wieder aufzugreifen, jetzt aber unter Einbeziehung der alten Burgremise zu projektieren. Es kam zu einem Vorentwurf und einem Kostenvoranschlag, der bei 1,6 Mio. lag. (Vgl. Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 2586.)

78 Vgl. Westdeutsche Rundschau v. 1. Juli 1948.

über 70 DM. Die Folge: Kutzner rief zu einem intensiven Sparkurs auf, schlug vor, nur laufende Arbeiten fortzuführen und kündigte für die nächste Haupt- und Finanzausschusssitzung einen Vorschlag an, wie die Verwaltung personell gestrafft werden könnte, im Klartext, wer in dieser Notlage aus den Diensten der Gemeinde entlassen werden müsste<sup>79</sup>.

Glücklicherweise hielt der negative status quo nicht lange an. Dank einer Liquiditätshilfe und der ersten wieder spärlich eingehenden Steuern konnte sich die Gemeinde schneller wirtschaftlich freistrameln, als man das im Hochsommer gedacht hatte. Schon wenige Monate nach dem Währungsschnitt entwarf Kämmerer Heinrich Kutzner vor dem Gemeinderat ein positives Bild der Finanzlage. Die Steuern seien besser als erwartet eingegangen, so dass ein Etatsausgleich als gesichert erscheine.<sup>80</sup> In knapp sechs Monaten hatte die Gemeinde das Tief überwunden, konnte die Selbstverwaltungskörperschaft wieder in eigener Verantwortung aktiv werden, was sie nach Kräften auch tat.

## Empfindliche Nachbarn

Wie auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg, ja noch wesentlich früher, lagen die Berührungspunkte der beiden Nachbarkommunen Troisdorf und Sieglar<sup>81</sup> im wesentlichen in Animositäten. Vor allem die Sieglarer argwöhnten in jedem Troisdorfer Annäherungsschritt Böses, worunter man Fusions- oder Eingemeindungsgelüste des Nachbarn verstand. So gab es ein „zorniges und beleidigtes Aufbegehren über die Kompetenzüberschreitung“, als die Troisdorfer Verwaltung in recht vorsichtig formulierter Weise bei den Kollegen im Sieglarer Rathaus anfragte, ob es möglich sei, zu einer durchge-

henden Nummerierung der Häuser an der Paul-Müller-Straße und dem Zuge Bahnhofstraße-Bahnstraße kommen zu können. Dem Vorschlag lagen Klagen aus der Bürgerschaft zugrunde, die bemängelte, dass die von Troisdorf nach Oberlar und umgekehrt durchlaufenden Straßen mit sich wiederholenden Hausnummern versehen seien, was zu vielfachen Missverständnissen und daraus sich ergebenden Ärgernissen führe. Das schien einleuchtend angesichts der Tatsache, dass zwischen den beiden Häusern Paul-Müller-Straße Nr. 10 kaum hundert Meter lagen, sie aber durch die unsichtbare Gemeindegrenze kommunal getrennt waren.

Die Sieglarer sahen im Vereinfachungsvorschlag eine unangebrachte Einmischung in ihre kommunale Angelegenheiten, lehnten das Ansinnen, die Häuser unabhängig von den Gemeindegrenzen durchzunummerieren rundweg ab, stellten den Troisdorfern aber anheim, auf ihrer Seite „nach Gutdünken zu verfahren.“

Die im Troisdorfer Gemeinderat vorgetragene ablehnde Meinung der Nachbarn löste im Plenum helles Gelächter aus.<sup>82</sup>

Ähnlich allergisch reagierte man in Sieglar, als erste Gerüchte auftauchten, Troisdorf strebe die Verleihung der Stadtrechte an. Die Gemeindeverwaltung in der Burg Wissem dementierte sofort diese und ähnliche „Stammtischparolen“, um das nachbarliche Verhältnis nicht zusätzlich zu belasten. Die offizielle Troisdorfer Lesart zu diesem Thema: Die Gemeinde ist auf absehbare Zeit an dieser Frage völlig desinteressiert. So jedenfalls hieß es am 29. Oktober 1949 im Kölner Stadt-Anzeiger. Die Gemeinde stehe in den kommenden Jahren vor anderen drängenderen Aufgaben. Dabei wurden die Kanalisation, der Bau neuer Schulen, der eines Hallenbades, eines neuen Rathauses und die Förderung des Wohnungsbaus genannt. Halte man an dieser Prioritätenliste

fest, müssten Eingemeindungspläne naturgemäß zurücktreten. Es sei jedoch möglich, so der Berichterstatter, dass weite Teile der Bevölkerung der Nachbargemeinde sehr wohl die Vorteile sähen, die ein Zusammengehen mit Troisdorf böten. Da seien die geringeren Steuersätze in Troisdorf, das bessere Straßennetz, ein gehobenes geschäftliches Leben und der höhere Standard auf hygienischen und schulischen Sektoren zu nennen.

Auf Grund dieser Vorteile habe, so führte der Journalist im Stadt-Anzeiger weiter aus, die Kreisverwaltung schon 1938 in einer an den Regierungspräsidenten gerichteten Schrift sich voll und ganz für eine Eingemeindung Sieglars nach Troisdorf ausgesprochen. Sie habe auch klargemacht, dass Troisdorf alle Vorbedingungen für die Verleihung der Stadtrechte erfülle. Was fehle sei lediglich der Ausdehnungsraum, der eben nur durch Eingemeindungen zu beschaffen sei. Die zuständigen Regierungsstellen hätten sich damals nach dem Studium der Denkschrift an Ort und Stelle ein Bild von den Verhältnissen gemacht und die Vorschläge des Kreises vollauf bestätigt. Der Krieg habe vereitelt, dass die Pläne realisiert werden konnten. Zur Zeit vertrete die Regierung in der Eingemeindungsfrage eine eher abwartende Haltung. Troisdorf teile sie, wobei man der Auffassung sei, dass sich die Meinung der Kreisverwaltung seit 1938 in dieser Frage nicht verändert habe.

Was die Stadtwerdung anbetreffe, so sei dieses Thema jedoch eng mit der Eingemeindung verbunden, schlussfolgert der Mitarbeiter des Kölner Stadt-Anzeiger. 1938 sei als

<sup>79</sup> Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 701, S. 77fr.

<sup>80</sup> Vgl. Kölnische Rundschau v. 11. Januar 1949; Rheinische Zeitung v. 17. Januar 1949.

<sup>81</sup> Auf die eigenständige Entwicklung der Gemeinde Sieglar wird in einem zweiten Teil dieses Berichts näher eingegangen.

<sup>82</sup> Vgl. Rheinische Zeitung v. 9. März 1949; Rhein-Ruhr-Zeitung v. 9. März 1949.

einziger Hinderungsgrund die fehlende Ausdehnungsmöglichkeit Troisdorfs angeführt worden. Die Industriegemeinde verfüge über ein Gebiet von nur 3000 Morgen. Voraussetzung für die Verleihung der Stadtrechte seien jedoch Ausdehnungsflächen bis auf 5000 oder 6000 Morgen, ein Areal, das nur durch Eingemeindungen zu erreichen sei. Der Journalist schließt seinen Bericht mit der prophetischen Feststellung: „Troisdorf will und wird einmal Stadt werden, denn es erfüllt alle anderen Voraussetzungen für die Verleihung der Stadtrechte vollauf. So selbstverständlich aber diese Entwicklung kommen muss, genau so selbstverständlich werden einige Nachbarorte eines Tages in den Troisdorfer Gemeindebereich einbezogen, denn alle natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse drängen zu dieser Entwicklung hin, die kommen wird, wenn darüber auch noch Jahre vergehen sollten.“ Um es noch einmal zu konkretisieren: Der Bericht stammt vom 29. Oktober 1949.

Die hier geschilderten Hintergründe lassen verständlich erscheinen, dass man im offiziellen Sieglar wie auch in Menden und Meindorf empfindlich reagierte, wenn auch nur andeutungsweise Änderungswünsche gegenüber dem augenblicklichen status quo laut wurden.

## Aus Gärten werden wieder Grünanlagen

Auf Grund der kommunalpolitischen Gegebenheiten, des Vorsprungs auf verschiedenen Sektoren des Zusammenlebens, derasant verlaufenden Entwicklung vom Bauerndorf zur Industriegemeinde und die Hoffnungen weckenden, seit Jahrzehnten laufenden Tastversuche mit dem Ziel, zu kleineren oder größeren Fusionsvorhaben zu kommen, blieben die Ausdehnungs- und Stadterweiterungswünsche der Troisdorfer latent, wenn sie auch 1949 nicht

aktuell auf der Tagesordnung standen.

Das taten dagegen nach der Währungsreform Dinge von weniger brisanter und einschneidender Wirkung, die jedoch im gebeutelten Troisdorf freudig begrüßt und als Hoffnungssignal gefeiert wurden. Bis Juni 1949 hatte die Gemeinde im gesamten Ort die vernichteten oder beschädigten Straßenschilder wieder erneuern lassen, so dass sich auch fremde Besucher wieder im Ortsbild orientieren konnten. An Trümmer-Eckgrundstücken stellte die Kommune zusätzliche Pfähle mit entsprechenden Straßenschildern auf.

Alle Verkehrswege im Ortsbild waren zu diesem Zeitpunkt von Trümmern frei. Die Siebengebirgsallee hatte auf ihrer gesamten Länge wieder eine Teersplittdecke erhalten, die Straße „Am Hofweiher“ war in ihren schlechtesten Teilen mit Teersplitt ausgebessert worden. Auch die Bachstraße und den Waldweg hatte die Gemeinde gründlich instandgesetzt, den Wanderweg von der Burg Wissem zum Waldfriedhof von Schutt gesäubert und mit Kies befestigt sowie den Rundweg um den großen Weiher mit seinem Springbrunnen und der Insel im Waldpark wieder hergerichtet.<sup>83</sup> Wenige Tage nach dieser zusammenfassenden Darstellung berichtete die Westdeutsche Zeitung, dass die umfangreichen Instandsetzungsarbeiten an der Kölner Straße, von wenigen Kleinigkeiten abgesehen, abgeschlossen seien, die Bahnhofstraße im Rohbau stehe, die Aggerstraße eine Kiesdecke erhalten habe und noch im Sommer 1949 der Teil der Frankfurter Straße bis zur Altenrather Straße neu angelegt werde.<sup>84</sup>

In der Nachkriegszeit hatte die Gemeinde die meisten ihrer Grünanlagen an Bürger zum Anbau von Salat, Gemüse und Kartoffeln verpachtet. Nach der Währungsreform ließ das Interesse an dieser Art der Eigenversorgung schlagartig nach: Die Gemeinde kündigte deshalb im Einverständnis mit den Pächtern die

Verträge und verwandelte die Gemüsegärten wieder in Grünanlagen. Der letzte dieser improvisierten Kleingärten mitten im Straßenbild bestand am Görresplatz. Als er abgeerntet war, legte die Gemeinde wieder eine Rasenfläche an, die an den abgerundeten Ecken mit einer Hecke und Ziersträuchern bepflanzt wurde.<sup>85</sup>

Schon im Februar hatten die Troisdorfer jubelnd die Wiedergeburt des Karnevals gefeiert. Dank der Initiative des Vaterstädtischen Vereins<sup>86</sup> stellte sich auf der Galasitzung des VVT bei Thiesen Prinz Walter I. (Schmitz) als erste Nachkriegstollität zusammen mit den Roten Funken und dem neu gebildeten Reiterkorps Blau-Rot vor. In einer Kappenfahrt am Rosenmontag geleiteten die Ortsvereine den Narrenherrscher, sozusagen als Symbol einer wiedergewonnenen kulturellen Freiheit, von der Aggerbrücke bis zur Wilhelm-, Post-, Hippolytus- und Kirchstraße. Neben dem Prinzenwagen mit dem Elferrat des VVT sah man einen Winzerwagen des Damen-Elferrates Mörsch „Immer fidel“, ein „Funkenlager“ der Roten Funken, die als Ehrengarde des Prinzen fungierte, einen Wagen des Damen-Elferrates „Immer treu“, das „Hohn`s Geloog“ als Schwarzbrennergilde, Wagen des Oberdorfs, des SSV 05, der Jäger und der „Kolonie“.

## Erschreckende Wohnungsnot

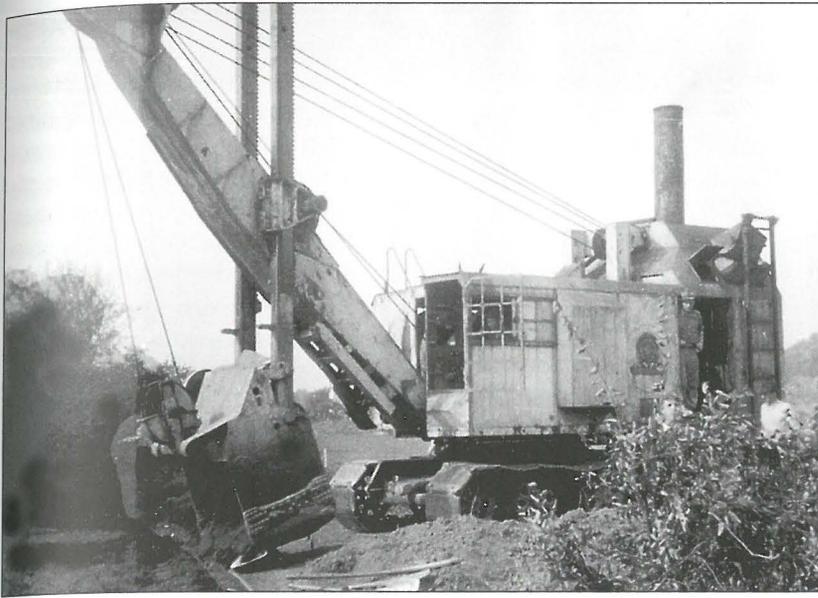
Bei all den vielfältigen Aktivitäten, die von Gemeinderat und der Verwaltung in der Burg Wissem ausgingen, stand in den Jahren 1948/

83 Vgl. Westdeutsche Zeitung v. 22. Juni 1949.

84 Vgl. Westdeutsche Zeitung v. 8. Juli 1949.

85 Vgl. Rhein-Ruhr-Zeitung v. 23. Juli 1949.

86 Der „Vaterstädtische Verkehrsverein“, wie der VVT zunächst hieß, war 1937 gegründet worden. Dr. Willy Strauf wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Verein bezweckte den Zusammenschluss aller Bürger „zur Förderung verkehrstechnischer, wirtschaftlicher und geselliger, heimatgebundener Ziele.“



49 die Beschaffung von Wohnraum im Vordergrund aller kommunalpolitischen Bemühungen. Auf den hohen Zerstörungsgrad und die durch die Besatzungsmächte beschlagnahmten ganzen Straßenzüge und Viertel mit weitgehend unbeschädigten Häusern ist schon hingewiesen worden. Obwohl die Gemeinde jeden überzähligen, bewohnbaren Raum beschlagnahmt und verteilt hatte, Eltern verheiratete Kinder mit Anhang aufnahmen, Bürger Vertriebene unterbrachten und man auch sonst so eng wie möglich zusammengedrückt war, umfasste die Liste der Wohnungssuchenden im gemeindlichen Wohnungsamt die Namen von über 600 Familien, die nur notdürftig untergebracht waren und die dringend einer neuen Behausung bedurften. Wo sie konnte, kaufte die Gemeinde Baracken an und stellte sie als Behelfswohnungen auf. Einige errichtete sie auf eigenem Terrain an der Alte Straße.<sup>87</sup>

Aber obwohl gleichzeitig die Zahl der privaten Bauinteressenten ständig stieg - in der November-sitzung 1949 lagen dem Bauausschuss 25 Bauanträge vor - reduzierte sich die Zahl der Wohnungssuchenden nicht. Bürgermeister Hamacher nahm sich in einer Grundsatzrede des Problems Wohnungsnot an und nannte die erschreckend hohe Zahl von Fehlge-

*Mit schwerem Gerät wurden die Erdarbeiten „Auf dem Krapelsfeld“ bewältigt.*

burten, Abtreibungen - vor Weihnachten 1948 waren vier Troisdorferinnen verhaftet worden - und der prozentual Großstädte wie Hamburg und Köln übertreffende Anteil an geschlechtskranken Männern und Frauen auf Troisdorfer Raum in erster Linie eine Folge der akuten Wohnungsnot. Er forderte auf der Januarsitzung 1949 des Gemeinderates deshalb vermehrte Anstrengungen, um für 500 bis 600 Familien Zwei- bis Dreiraumwohnungen beschaffen zu können<sup>88</sup>.

Die Debatten in mehreren Ratssitzungen zu diesem Thema machten klar, dass nur durch ein großangelegtes Projekt und mit Finanzhilfen der Gemeinde der Wohnungsnot in einem überschaubaren Zeitraum gesteuert werden könne. Es herrschte deshalb - sieht man von Differenzen in Detailfragen einmal ab - sehr schnell Übereinstimmung, als die Verwaltung vorschlug, das Gemeindeigentum „Auf dem Krapelsfeld“ zu erschließen, aufzuteilen und an Troisdorfer Bauinteressenten zu verkaufen.

Die ersten Ausschussberatungen über dieses Thema hatten schon zum Jahresende 1948 stattgefunden. Deshalb konnte Gemeindedi-

rektor Matthias Langen auf der Ratssitzung am 7. Januar 1949 schon einen konkreten Vorschlag einbringen und die Frage stellen, ob man nach Vermessen durch das Katasteramt die einzelnen Baustellen - zunächst war von etwa 100 die Rede - öffentlich meistbietend versteigern oder unter der Hand an Baulustige verkaufen sollte.<sup>89</sup>

## Öffentliche Versteigerung

Am 4. März 1949 entschied sich der Gemeinderat für eine öffentliche Versteigerung der jetzt 118 zur Verfügung stehenden Baustellen, die im Bebauungsplan „Auf dem Krapelsfeld“ (An der Lohmarer Straße) erfasst waren. Entgegen dem Vorschlag der Verwaltung, die einen Mindestverkaufspreis von fünf bis acht Mark pro Quadratmeter Bauland vorgeschlagen hatte, einigte sich der Rat auf drei Mark<sup>90</sup>.

Die öffentliche Versteigerung fand am 9. März 1949 unter Leitung von Gemeindedirektor Langen bei Thiesen statt. Die Steigerer unterwarfen sich u. a. der Verpflichtung (§ 14), innerhalb von drei Jahren auf dem ersteigerten Grundstück ein Wohnhaus zu bauen oder die Parzelle wieder an die Gemeinde zurückzugeben<sup>91</sup>.

Die Auktion bei Thiesen stieß auf starkes Interesse. Die 44 Grundstücke, auf denen nur einstöckige Häuser gebaut werden durften, gingen zumeist über den Taxpreis von drei Mark hinaus weg. Der Durchschnittspreis lag bei 4,60 Mark. Weit weniger über dem Mindestpreis lagen die Angebote für mit mehrstöckigen Häusern zu bebauende Grundstücke, einige fanden sogar keinen Interessenten. Die zuge-

87 Vgl. Westdeutsche Zeitung v. 14. August 1949.

88 Vgl. Rheinische Zeitung v. 19. Januar 1949.

89 Wie Anm. 79, S. 116.

90 A. a. O., S. 128.

91 A. a. O., S. 128-131.



ten im Bereich zwischen Marmorstraße, „Am Hirschgraben“ und Heerstraße entstehen, also unmittelbar im Anschluss an die erst jüngst ersteigerten Krapelsfeldparzellen<sup>98</sup>.

Zwar musste die Gemeinde noch einige Flächentransaktionen vornehmen, die konnte sie jedoch dank der guten Vorratspolitik in wenigen Tagen abwickeln.

Schon am 12. September 1949 berichteten die Westdeutschen Nachrichten von abgeladenen Baubuden, vielfachem Gerät, von angelaufenen Baggerarbeiten und Lkw-Transporten. Am 29. September 49 sprach die Westdeutsche Zeitung sogar von der „Sensation“ in Troisdorf, denn ein so großes Bauprojekt - von 250 bis 300 Wohnungen war insgesamt die Rede - habe es bisher im Siegkreis noch nicht gegeben. An dutzenden Stellen werde gleichzeitig gearbeitet. Die Unternehmen hätten Feldbahngleise auf den andeutungsweise vorhandenen künftigen Straßen verlegt, man habe Parkplätze geplant und sogar eine massiv in Backstein hochgezogenen Kantine eingerichtet. Die Riesenbaustelle sei schon jetzt, vor allem an Wochenenden, zum attraktiven Zielpunkt hunderter neugieriger Spaziergänger geworden.

Tatsächlich erschien vielen Ausflüglern das Geschehen „Auf dem Krapelsfeld“ kaum begreifbar. Am 1. Oktober 1949 berichtete die Rheinische Zeitung von vielen halbfertigen Häusern, „kein Wunder, wenn die Bauleitung den Ausführungsfirmen eine Baufrist von 37 Tagen bis zum Richten stellt.“ Sieben Tage würden den Erdarbeiten zugestanden, je zehn für Keller, Erd- und Obergeschoss.

Im ersten Bauabschnitt entstanden 24 Ein-, zwölf Zwei- und acht Vierfamilienhäuser. Die Wohnungen, schlüsselfertig eingerichtet und mit allen notwendigen Hilfsgeräten bis hin zum Straßenbesen ausgestattet, wurden von britischen Unteroffizieren mit ihren Familien bezogen. Dem ersten sollte der zweite Bauabschnitt mit 110 Wohnungen für

Offiziersfamilien folgen<sup>99</sup>. In der letzten Oktoberdekade 1949 überzeugte sich ein britischer General als Vertreter des Hohen Kommissars vor Ort vom Fortgang der Arbeiten. Dabei wurde auch die Lage einer Kantine und eines Ledigenheims an der neuen (verlängerten) Lohmarer Straße festgelegt. In diesem Heim wollte man 24 Wohnungen unterbringen<sup>100</sup>.

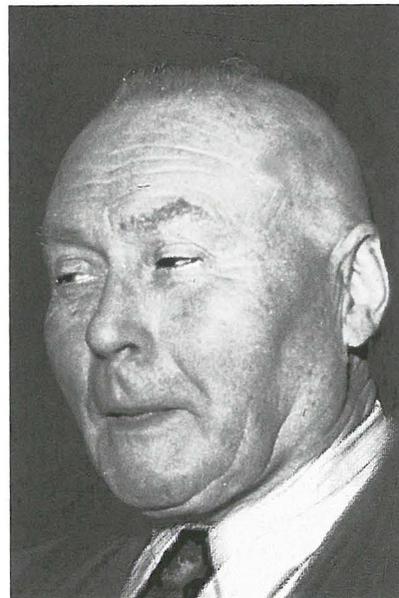
Ende November 1949 gab das Wiederaufbauministerium erst einmal grünes Licht für 50 statt der geplanten 110 Wohnungen<sup>101</sup>. Diese Bauten an der Altenrather Straße und im Prinzenwäldchen zu errichten, lehnten die Briten ab. Sie bestanden auf dem Krapelsfeld als gemeinsamer Siedlung für alle in Troisdorf untergebrachten Angehörigen des Stabes Robertson.

Im Rekordtempo wurden die Arbeiten an den Wohnungen für den Stab Robertson den Winter hindurch betrieben. Im April konnten die ersten Unteroffiziere des Stabes, der sein Hauptquartier in Wahn aufgeschlagen hatte, mit ihren Familien die Krapelsfeldwohnungen beziehen und damit ihre provisorischen Domizile in Bad Honnefer und Königswinterer Hotels räumen. Ärger gab es beim Bau der Offizierswohnungen, weil entgegen den ursprünglichen Absprachen kaum Troisdorfer Unternehmer bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wurden. Die einheimischen Handwerker teilten auch die Meinung der Briten, die sich über mangelnde Qualität der von den auswärtigen Firmen geleisteten Arbeiten beschwerten.

Der endgültige Bezug der Wohnungen des ersten Abschnitts wurde erst für August gemeldet, dagegen gab es schon am 19. September ein großangelegtes Richtfest für 135 Bauten im Saale Thiesen. Mitte Oktober 1950 übergab das Finanzneubauamt die englische Kirche den Besatzungsangehörigen. Anfang 1951 meldeten die Unternehmer auch die letzte Offizierswohnung als bezugsfertig.

## Komplettes Haus gestiftet

Schon im Januar 1949 brachte Bürgermeister Wilhelm Hamacher im Anschluss an eine Sitzung der Gemeindevertretung den Vorschlag ein, das 50-jährige Bestehen der selbständigen Gemeinde Troisdorf, das offiziell am 18. Ja-



*Alois Remmel, Architekt, Gastwirt und Gemeinderatsmitglied, setzte sich als Mittelstandsvertreter vehement für die Heimat- und Leistungsschau ein.*

nuar nächsten Jahres gefeiert werden könnte, mit einer Heimat- und Gewerbeschau im Sommer 1950 festlich zu begehen<sup>102</sup>. Vor 25 Jahren habe man der Wiederkehr des Tages, an dem Altbürgermeister Wilhelm Klev seine erste Amtshandlung im nachmaligen Textilhause Ooms<sup>103</sup> vorgenommen habe,

<sup>99</sup> Vgl. Westdeutsche Zeitung v. 12. Oktober 1949.

<sup>100</sup> Vgl. Westdeutsche Zeitung v. 17. Oktober 1949.

<sup>101</sup> Vgl. Kölnische Rundschau v. 26. November 1949; Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 701, S. 240.

<sup>102</sup> Vgl. Kölnische Rundschau v. 11. Januar 1949.

<sup>103</sup> Es lag an der Ecke Hippolytus- und Poststraße gegenüber der Gastwirtschaft Buchner.

festlich gedenken wollen. Es sei jedoch bei einem Festzug geblieben. Diesmal sollte in einer Schau, an der alle Sparten des beruflichen Lebens teilnehmen müssten, des Jubiläums gedacht werden. Es sollte ein Bild der Entwicklungsarbeit in den abgelaufenen 50 Jahren gezeichnet und dargestellt werden, wie Troisdorf die Zukunft zu gestalten wünsche. Man wolle, so Hamacher, keinen „Troisdorfer Wind“ entfachen, sondern vorstel-

Zauderer und Skeptiker ins Lager der Optimisten gewechselt waren und die geplante Heimat- und Leistungsschau damit eine breite Trägerschaft finden würde. Um die schon kräftig vorangetriebenen Vorarbeiten auf möglichst viele Schultern zu verteilen, richteten Verwaltung, Politiker und Bürgerschaft auf Vorschlag von Gemeindedirektor Langen einen Kultur- und Heimat-, einen Industrie- und Gewerbe-, einen Fest- und einen Verwaltungs-

*Plakat als Werbemittel für die Troisdorfer Jubiläumsschau.*

gemeine Bauhandwerker-Innung Troisdorf“ mit dem Versprechen auf, für eine Verlosung, die im Rahmen der Festwoche durchgeführt werden sollte, als Hauptpreis ein „Meisterhaus“ zu stiften. Die Handwerksmeister erklärten sich bereit, ein auf Gemeindegrund mit selbst gestelltem Material erbautes, bis ins Kleinste eingerichtete Einfamilienhaus kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Meister jeder Fachrichtung sagten zu, selbst Hand anzulegen, um dem Gedanken zur Leistung, der dieser Schau grundsätzlich als Motiv unterlegt werden solle, zu dienen<sup>107</sup>.

Der Vorschlag, den goldenen Schrein des hl. Hippolytus von St. Ursula in Köln nach Troisdorf zu holen, scheiterte an Vorstellungen der Kölner Gesprächspartner, wie Pfarrer Heuser von St. Hippolytus auf der konstituierenden Sitzung des Festausschusses bei Lueg im Dezember 1949 erklärte.<sup>108</sup>

## Bürgersinn wie Städter bewiesen

Nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten liefen die Vorbereitungen für die Jubiläumsschau in den ersten fünf Monaten des Jahres 1950 auf Hochtouren. Die verschiede-



*Haus Ooms, in dem Wilhelm Klev am 18. Januar 1900 seine Dienstgeschäfte aufnahm.*

len, was man zu leisten in der Lage sei und welche realitätsbezogenen Pläne die Gemeinde anzupacken gedenke.

Den Vorstellungen Hamachers stimmte der Gemeinderat uneingeschränkt zu,<sup>104</sup> womit die Grundlage für eine Festwoche mit Ausstellung gelegt wurde, wie sie Troisdorf bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht erlebt hatte.

Im Mai sprach sich auch der Gewerbeverband für Handel, Handwerk, Gewerbe und freie Berufe für die Jubiläumsausstellung aus.<sup>105</sup>

Schon Ende November 1949 wurde auf einer von der Gemeindeverwaltung einberufenen Versammlung klar, dass auch die letzten

ausschuss ein. Konzipiert wurde eine Festwoche vom 13. bis 21. Mai mit Tagen für die Jugend, den Sport, für Musik, Gesang und für die Feuerwehr, die ebenfalls an diesen Festtagen ihr 50-jähriges Bestehen feiern konnte<sup>106</sup>.

Neben Zusagen für eine großzügige Beteiligung der Troisdorfer Industrie - u. a. erklärten sich die Vertreter der Klöckner-Werke bereit, ihren ständigen Essener Ausstellungspavillon nach Troisdorf zu holen - wartete in der Dezember-sitzung des Ausschusses für Industrie, Handel und Gewerbe die „All

98 Vgl. Westdeutsche Nachrichten v. 5. September 1949; Rheinische Zeitung v. 5. September 1949; Kölnische Rundschau v. 6. September 1949.

99 Vgl. Westdeutsche Zeitung v. 12. Oktober 1949. 100 Vgl. Westdeutsche Zeitung v. 17. Oktober 1949.

101 Vgl. Kölnische Rundschau v. 26. November 1949; Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 701, S. 240.

102 Vgl. Kölnische Rundschau v. 11. Januar 1949. 103 Es lag an der Ecke Hippolytus- und Poststraße gegenüber der Gastwirtschaft Buchner.

104 Vgl. Rheinische Zeitung v. 19. Januar 1949.

105 Vgl. Rhein-Ruhr-Zeitung v. 25. Mai 1949.

106 Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger v. 25. November 1949; Westdeutsche Nachrichten v. 26. November 1949.

107 Vgl. Kölnische Rundschau v. 16. Dezember 1949.

108 Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger v. 28. Dezember 1949; Westdeutsche Nachrichten v. Dezember 1949.



# TROISDORF

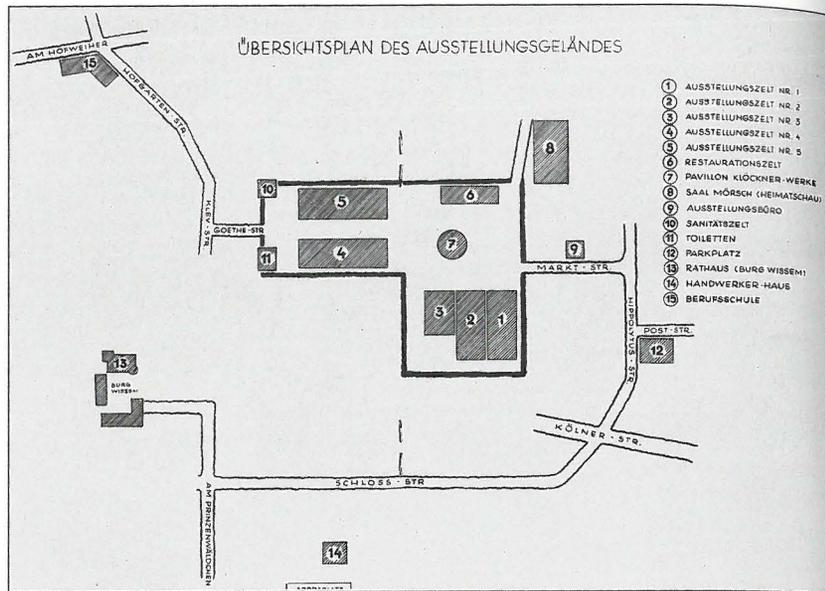
## IM SPIEGEL DER ZEIT

HEIMAT-UND LEISTUNGSSCHAU  
FÜR INDUSTRIE-HANDEL UND HANDWERK  
13.-21.MAI 1950 GEÖFFNET TÄGLICH VON 10-19<sup>00</sup>

nen Ausschüsse tagten in regelmäßigen Abständen. Die Protokolle füllen ein halbes Dutzend Aktenordner<sup>109</sup>. Gespräche und Diskussionen ergaben, dass die Schau von einem stetig wachsenden Anteil der in der Troisdorfer Wirtschaft aktiven Institutionen und der Bürgerschaft getragen wurde und man neben Zusatzzelten auch die Säle Mörsch und Canisiushaus, die Berufsschule und andere Ausstellungsflächen einbeziehen musste. Insgesamt umfasste die Liste schließlich 80 Aussteller. Dazu kamen Verbände, Vereine und Schulen, die Sonder-schauen zu arrangieren gedachten. Die gesamte Organisation übertrug die Gemeinde dem Siegburger Wolfgang Mertens, dem - das sei schon vorweggenommen - nach Ablauf der Ausstellung ein „großer Erfolg“ mit der „sehr repräsentativen Schau“ attestiert wurde. Mertens gelang es zur Freude aller Verantwortlichen sogar mit einem Überschuss abzuschließen<sup>110</sup>.

Ende Februar einigte man sich im Festausschuss auf das Motto „Troisdorf im Spiegel der Zeit.“<sup>111</sup> Am 28. Februar 1950 leiteten die Troisdorfer Bauhandwerker die Erdarbeiten für das Handwerkerhaus „Auf der Heide“ ein<sup>112</sup> und im April sagten die angehenden Schneiderinnen und Putzmacherinnen zu, der Gemeinde einen zwei mal drei Meter großen Gobelin zum Geschenk machen zu wollen, der einen Geschlechterbaum mit den drei Troisdorfer Wappen und den neun Troisdorfer Geschlechtersignen, u. a. die der von Loé, von Zweifel, Metternich, Cortenbach, Weichs und anderer, zeigt<sup>113</sup>. Der Gobelin zierte jahrzehntelang den Sitzungssaal der Burg Wissem, wanderte dann mit der Kommunalverwaltung nach Sieglar und wieder nach Troisdorf ins jetzige Rathaus.

Mit dem Festakt vor der Hippolytuskirche, der anschließenden Ausstellungseröffnung und einem Rundgang der Prominenz durch die Schau auf dem Markt und zu den übrigen Ausstellungsorten einschließlich des Handwerkerhaus-



ses sowie einem Bankett, auf dem Troisdorf aus berufenem Munde „Stadtbürgersinn“ bescheinigt wurde, gab es am Samstag, 13. Mai einen feierlichen und würdigen Auftakt, an den sich am Sonntag Gottesdienste und ein Heimatabend „als Ehrenveranstaltung für die Heimgekehrten“<sup>114</sup> anschlossen. In den folgenden Tagen erlebte man viel Sport, eine Aufführung „Die Bürger von Calais“ der katholischen Jugend vor der Villa Mannstaedt, einen großen Konzertabend, Kammermusik und Unterhaltung auf rheinische Art.<sup>115</sup> Einige Nachwehen verursachte das Handwerkerhaus. Bei der Ermittlung der Gewinnnummer herrschte im bis auf den letzten Platz gefüllten Saal Thiesen Totenstille, als die Pfarrer Klocke und Heuser, Vizebürgermeister Kitz und Flüchtlingsobmann Wandt die vier Verlosungsräder in rotierende Bewegung versetzten. Immerhin ging es neben den zahlreichen übrigen wertvollen Sachpreisen ja um ein komplettes Einfamilienhaus in schönster Wohnlage. Als die Gewinnzahl 17953 feststand und niemand sich als der glückliche Losinhaber meldete, machte sich Ernüchterung breit.<sup>116</sup>

Die hielt den August hindurch an. Erst wenige Tage bevor der zweite Auslosungstermin starten sollte, meldete sich im Rathaus ein Elek-

### Übersichtsplan der Leistungsschau auf dem heutigen Pfarrer-Kenntemich-Platz.

tromeister aus Stommeln (bei Köln), der mit dem Zwei-Mark-Los das Haus gewonnen hatte. Es wurde postwendend von Innungsobmeister Groß und Gemeindeobersekretär Kargl an ihn übergeben<sup>117</sup>. Später erwarb der Troisdorfer Steinmetzmeister, langjährige Chef der Feuerwehr und „Marschall aller Troisdorfer Karnevalskorps“ Jupp Mimzeck vom Stommeler Meister Plany das Haus.

109 Vgl. Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 2903, 2905 und 2907.

110 Vgl. Archiv der Stadt Troisdorf, Bestand A, Nr. 2903.

111 Vgl. Bonner General-Anzeiger v. 1. März 1950.

112 Vgl. Anzeiger für Sieg und Rhein v. 28. März 1950.

113 Vgl. Siegkreis-Rundschau v. 21. April 1950.

114 Womit die heimgekehrten Kriegsgefangenen gemeint waren.

115 Vgl. Festprogramm „Troisdorf im Spiegel der Zeit“ und die Lokalzeitungen.

116 Vgl. Kölnische Rundschau v. 15. August 1950.

117 Vgl. Kölner Stadt-Anzeiger v. 8. September 1950; Kölnische Rundschau v. 9. September 1950; Bonner General-Anzeiger v. 9./10. September 1950.

Fortsetzung folgt.

Fotos aus dem Stadtarchiv Troisdorf

181r, 186l, 188, 194, 195, 208

Alle übrigen Bilder und Repros vom Autor

Karlheinz Ossendorf

Nachtigallenweg 11

53757 Sankt Augustin-Menden